

Riesaer Tageblatt

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa.
Berner Str. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherweise bestimmte Blatt.

Poststedtort:
Dresden 1530.
Girokasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 174.

Dienstag, 29. Juli 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Guilloche. Für den Fall des Eintretens von Produktionsunterbrechungen, Schließungen der Börse und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabedates sind bis 2 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gemühe für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für bewilligter Rabatt erhält, wenn der Bezug versäumt, durch Flage eingesogen werden muss oder der Auszugsgeber in Konkurs gerät. **Gebühren und Straffungsort**: Riesa. **Rechtslage**: Feste Tarife. **Erhöhung an der Elbe**. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranlagen oder der Vertriebsanstaltungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Notationsdruck und Verlag**: Langer & Winterlich, Riesa. **Verlagsstelle**: Goethestraße 59. **Verantwortlich für Redaktion**: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Partei der Jugend.

Von Oskar Müller, Ministerialdirektor a. D.
Die Gründung der Deutschen Staatspartei ist vielen überraschend gekommen, die nach der Verwirrung im bürgerlichen Lager nicht mehr damit gerechnet hatten, daß die zur Sammlung drängenden Elemente sich gegen das Beharrungsvermögen der alten Parteiorganisationen in der kurzen Frist noch durchsetzen könnten, die bis zu den Reichstagswahlen bleibt. Die Not der Zeit und das über den Parteidienst hinausreichende Verantwortungsbewußtsein einiger Führer hat es schließlich doch fertig gebracht, das Neue zu schaffen, nach dem weite Schichten des Bürgertums seit langem rufen. Wir wollen nicht verlernen, daß dieses Bestreben auch dem Sammungsbegriff zugrunde gelegen hat, den färschlich der volksparteiliche Führer Dr. Scholz an die Parteien der bürgerlichen Mitte mit Ausnahme des wahlrechtlich gebundenen Zentrums gerichtet hatte. Aber sein Ruf hatte, wie sich bald herausstellte, den Fehler, daß er an die Parteien als solche und an ihre festgestellten Organisationsformen regte und so nur zwei Wirkungen hätte haben können: entweder hätten sich die befragten Parteien zu einem Wahlbündnis zusammenstellen können, das unter Vermeidung gegenwärtiger Befämpfung und unter Benutzung der Pistenverbindung vielleicht später Wiederholung zu verzeichnen gehabt hätte; oder aber, es wäre, was weniger wahrscheinlich ist, zu einer Fusion der sich programmatisch nahestehenden Parteien gekommen, was im besten Falle eine Abdication der bisher in diesen Parteien ausgebildeten politischen Kräfte geworden wäre. Ein werbender Charakter, ein Appell an die vielen des Parteidienstes Überdrüssigen und den alten Parteien mit eingewurzelter Skepsis gegenüberstehenden jüngsten Elementen der Wählerschaft wohnte jedenfalls diesem Einigungsbüro nicht an: es war nicht das, wonach vor allem die Jugend verlangt, die heute auf dem Scheitelpfad zwischen politischem Radikalismus und völliger Indifferenz dem Staat gegenübersieht.

Die Gründer der neuen Partei sind deswegen mit Vorbedacht und, wie zu hoffen ist, mit Erfolg einen andern Weg gegangen. Es ist den Beobachtern der geistigen Bewegungen der letzten Zeit nicht verborgen geblieben, daß eine gewisse Schicht der aus dem Kriege in das neue Deutschland hineingewachsenen Jugend, nämlich die im jungdeutschen Orden organisierte, eine immer deutlicher werdende positive Einstellung zum neuen Staat in ihrer Führung ertrug und bei ihren Mitgliedern durchzusetzen wußte. Es sind dies jene Elemente der deutschen Jugend, die an den wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen des deutschen Bürgertums festhalten und deshalb die Wege nicht billigten, welche die andern aus und nach dem Kriege entstandenen Wehr- und Jugendverbände einzuschlagen. Man mag die organisatorische Kraft dieses jungdeutschen Ordens höher oder niedriger einschätzen, sicher ist, daß er der einzige aus dem Welt- und Erneuerungsgedanken hervorgegangene Bund der Jugend ist, der in dem Staat, so wie er ist, mitarbeiten will und sich die Verteidigung und Erhaltung der politischen, wirtschaftlichen und geistigen Interessen des Bürgertums zur Aufgabe setzt. Es lag deshalb nahe, daß die jüngsten Elemente des demokratischen und liberalen Bürgertums, die sich der demokratischen Partei und der Volkspartei zwar angegeschlossen hatten, aber in dieser erstarkten Parteien keine reale Befriedigung fanden, mit dieser geistessverwandten, aber parteipolitisch nicht gebundenen Schicht des jungdeutschen Ordens Fühlung suchten und fanden. Diese Annäherung stammt nicht von heute und gestern, sondern war schon seit längerer Zeit deutlich. Die Erfahrbarkeit, daß das Bürgertum in der jeweiligen Parlaments- und Staatsräte politisch nahezu völlig außer Aktion geblieben, jedenfalls keinen maßgebenden Einfluß an der Gestaltung der deutschen Zukunft einüben werde, hat dieser Annäherungsbewegung nur den letzten Impuls und die entscheidende äußere Form gegeben.

Die Entstehungsgeschichte der neuen Partei, wie sie hier kurz skizziert ist, zeichnet sich deutlich ab in den Personengruppierungen, die vorläufig hinter dem Aufruf der Staatspartei stehen. Der mitbetiligte Führer der demokratischen Partei, der Abgeordnete Koch-Weser, hat ausdrücklich versichert, daß die Gründung ohne Vorwissen und Mithilfe der demokratischen Partei-Anhänger vor sich gegangen ist, und es ist bezeichnend für den, wenn man so will, parteidienstlichen Charakter des Vorgangs, daß der demokratische Abgeordnete Lemmer, der bis vor kurzem Führer der Demokratischen Jugendorganisation war, den Aufruf gemeinsam unterzeichnet hat mit Politikern, die bisher in der zulsparteiischen oder deutschnationalen Jugend- und Gewerkschaftsbewegung standen. Das eine Reihe von Persönlichkeiten, die dem parteidienstlichen Leben bisher fernstanden, sich der neuen Partei zur Verfügung gestellt haben, ist ein Zeichen dafür, daß von ihr auch, abgesehen von der Jugend, Schichten der bürgerlichen Gesellschaft erfaßt werden können, die bisher wohl das Hauptinteresse zu jener Partei der Rechtswähler stellten, die man mit Recht als die größte bezeichnet hat.

In dieser Hoffnung einer stärkeren politischen Aktivierung des Bürgertums liegt die Rechtfertigung und die Aussicht der neuen Partei. Es wäre deshalb zu wünschen, daß die lebende Bekleidung, die ein höher Charakterzug unseres politischen Lebens ist, zurücktritt vor der Anerkennung des großen Zweckgedankens, den die neue Partei hat. Diese Mahnung sollte vor allem in der Deutschen Volks-

Für und gegen die Gründung der Deutschen Staatspartei.

Deutsche Volkspartei gegen Staatspartei.

* Berlin. Die Nationalliberale Korrespondenz, der parteiamtliche Pressedienst der Deutschen Volkspartei, nimmt zu der Gründung der Deutschen Staatspartei Stellung und stellt fest, daß niemand von denjenigen, die die neue Partei gründeten, überhaupt an die Deutsche Volkspartei eine Frage gerichtet habe. Die Tatsache der vollzogenen Gründung sei durch den demokratischen Parteidienst Koch-Weser und den jungdeutschen Ordenstänzer Bornemann lediglich dem Vorsitzenden und einigen Mitgliedern der Reichsgemeinschaft junger Volkspartei mit der Auflösung zur Kenntnis gebracht worden, sich unverzüglich für oder wider das neue Parteigebilde zu entscheiden, was die Beteiligten selbstverständlich abgeschauten. Die Deutsche Volkspartei steht noch wie vor auf dem Standpunkt, daß es nicht darauf ankomme, der kann neuerdings konservative Neigungen mit denkbarer Verstärkung eine republikanische bürgerliche Linke entgegenzustellen und das deutsche Staatsbürgertum auf dem Wege einer solch eigenartigen Sammlung wieder erneut in eine Rechte, eine Mitte und eine Linke mit allen möglichen Zwischenstufen aufzuweisen, sondern es komme darauf an, die denkbar größte staatsbürglerliche Einheitsfront herzustellen. Sie halte deshalb an ihren umfassenden Sammlungsbemühungen fest und werde auch Herrn Koch-Weser, wenn er, wie zugesagt, zu diesen Versprechungen erscheine, die erforderlichen Fragen vorlegen. Die Deutsche Volkspartei habe nur ein staatspolitisches Ziel. Von diesem übergeordneten Standpunkt gesehen, können aber die erfolgte allgemeine Umstaltung der Demokratischen Partei unter Mitwirkung des Jungdeutschen und die damit erfolgte Gründung einer neuen Partei nur als Zeichen einer weiteren Versplitterung betrachtet werden, denn gerade an neuen Parteien fehlt es uns nicht. Es handele sich um eine Sonderaktion, deren Ziel nicht der Zusammenschluß des Bürgertums sei, sondern zunächst eine Rettung und Sicherung demokratischer Mandate mit Hilfe des Jungdeutschen Ordens.

Eine Erklärung der Deutschen Staatspartei.

* Berlin. Die Führung der Deutschen Staatspartei teilt mit:

Die Leitung der Deutschen Volkspartei hat angefangen der Gründung der Deutschen Staatspartei nichts anderes zu sagen, als daß sie die umgestaute Deutsche Demokratische Partei sei. Wie eine solche Bedeutung gegenüber einer Bewegung gewagt werden kann, der eine Reihe bisher der Rechten angehöriger Politiker wie der Gemeinschaftsführer Baltzschus und der Handelskammerverordneten Schäffer-Minden angehören und zu der sich bereits im Gründungsauftrag mehrere namhafte junge deutsche Volkspartei-Mitglieder befinden, wie Dr. Eisenburg, Freiherr Koch von Rheinbaben und Dr. Winkler, überlassen wir dem Urteil der Öffentlichkeit. Wir stellen fest, daß bereits jetzt Zustimmungsdeklarationen führender Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei aus dem Laufe vorliegen, z. B. die des Textilfabrikanten Hans Croon-Lachen und des Geschäftsführers der Nachener Arbeitgeberverbände, Stadtverordneten Dr. Bier vogel-Lachen. Solche Erklärungen liegen vor, ohne daß bisher irgendwelche Beitrittsaufrückerungen ergangen sind.

Die Demokratische Partei und die Gründung der Staatspartei.

* Berlin. Der parteioffizielle demokratische Zeitungsdiest äußert sich über die Stellungnahme der demokratischen Partei zu der Gründung der Deutschen Staatspartei u. a. folgendermaßen:

Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei tritt am Mittwoch zusammen, und wird dann die Entscheidung darüber fällen müssen, wie sich die möggebende Parteinstanz zu diesem Entschluß führender Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei stellt. Es gilt, zu entscheiden, ob jetzt der Augenblick gekommen ist, in einem größeren Maße demokratisches Gedankengut einzubringen und demokratisches Gedankengut erneut politisch zu aktivieren. Demokratische Führer haben von sich aus diese

Partei bevorzugt werden, deren erste parteioffizielle Reaktion nicht gerade sehr freundlich war. Aber wir erinnern daran, daß der volksparteiliche Führer Dr. Scholz noch vor einigen Monaten in Mannheim den großen und weitesten Ausspruch getan hat, daß er jede, wie immer geartete Sammlung des liberalen und demokratischen Bürgertums begrüßen und an seiner persönlichen Empfindlichkeit weitern lassen werde. Der Weg, den er eingeslagen wollte, hat sich als ungängbar erwiesen, aber ein anderer Weg ist jetzt gezeigt. Wenn der Sinn der politischen Stunde darin liegt, daß das Bürgertum angesichts der lebenswichtigen Aufgaben der deutschen Politik zu zeigen habe, daß es kein Interessenhausen, sondern ein staatsbewußtes Element ist, so ist dafür jetzt die Form in der „Deutschen Staatspartei“ gefunden.

Entscheidung gefällt und die Frage nach der Zweidimensionalität des Augenblicks bejaht. Sie werden in der Parteiausschübung dafür gerade stehen und für ihre Ausschüsse lämpfen. Für den Parteidienst werden entscheidend die Auskünfte darüber sein, wer in der neuen Partei führt und was die Partei erstrebt. Der Aufruf gibt über das Programm Auskunft. Natürgemäß werden zu einem solchen Aufruf noch politische Ergänzungen notwendig sein, aber in dem Aufruf ist nichts, für das nicht auch in der demokratischen Partei geklärt worden ist. Vor allem wird der Parteiausschuß darüber zu entscheiden haben, ob hier eine politische Entwicklung in ihrer Gesamtheit angebahnt ist, die für das Vaterland notwendig erscheint. Man darf wohl sagen, daß für die meisten Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei die Eingliederung in ein neues und größeres Parteigebilde ein Opfer bedeutet. Wenn von ihnen jetzt das Opfer verlangt wird, dann müssen die Männer und Frauen, die der demokratischen Partei angehören und jetzt den Entschluß zur Gründung einer Deutschen Staatspartei mitgesetzt haben, am Mittwoch im Reichstag die Gewissheit dafür geben, daß sich das Opfer aller Kampfgruppen und das innerhalb dieser Deutschen Staatspartei der demokratische Gedanke in der Zukunft verwirklicht wird.

Die Sammelaktion der Deutschen Volkspartei

Berlin, 29. Juli.

Wie wir erfahren, hat der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, von allen Parteien der Mitte, denen er in dem bekannten Brief den Vorschlag eines engeren Zusammenschlusses gemacht hatte, nunmehr die Antworten vorliegen. Sie behandeln den Gedanken im Prinzip durchaus sympathisch. Nach der Auffassung führender Kreise der Deutschen Volkspartei ist damit die Möglichkeit gegeben, die Aktion weiter zu verfolgen. Deshalb beabsichtigt Dr. Scholz, am Mittwoch Nachmittag mit den Führern der Wirtschaftspartei, der Demokratischen Partei und der Deutsch-Konservativen zusammenzukommen, um die weiteren Möglichkeiten in mündlichen Besprechungen zu erörtern. Es ist anzunehmen, daß die Einladung zu dieser Sitzung bereits ergangen ist. Ob sie in dieser Form zustande kommt, nachdem die Gründung der Deutschen Staatspartei vollzogen ist, muß freilich abgewartet werden.

Bereitende Sitzung des Zentrums.

* Berlin. Die Vertreter der Landesorganisation des Zentrumspartei, die Parteidienst und Vertreter der Zentrumspressen trafen gestern vormittag zu einer Beratung zusammen, die den kommenden Wahlen zur Bereitstellung dient. Es wurden in dieser Konferenz alle sachlichen und taktischen Fragen des kommenden Wahlkampfes erörtert. Eingekehrt wurden die Beratungen durch einen Referenten des Parteidienstes, Prälat Dr. Raas, der noch einmal auf die Gründe hinwies, die zur Aufführung des Reichstagsführers Dr. Brünning nahm, die zur Aufführung des Reichstagswählers Dr. Winkler, überlassen wir dem Urteil der Öffentlichkeit. Neben ihm kamen noch als führende Abgeordnete Jos. Eßer und Berlinius zu Worte, die die verschiedenen Fragen berührten, die die einzelnen Bevölkerungsschichten und Stände besonders interessieren. Auch Reichskanzler Dr. Brünning nahm das Wort und belehrte die verschiedenen Gesichtspunkte der Politik der letzten Monate. Er gab über manche Punkte der Regierungspolitik und Fraktionspolitik und ihre Erfolge Auskunft und betonte, daß die kommende Wahl nahezu historische Bedeutung habe. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald sprach über die sozialen Fragen, die seinen Bezirk als Reichsarbeitsminister untersteht, vor allem die Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung, usw.

Bei der Diskussion kamen zahlreiche Vertreter aus dem Lande zu Worte. Die Versammlung war sowohl aus den Kreisen der Abgeordneten des Reichstages und des preußischen Landtags, als auch von Vertretern der Partei außerordentlich zahlreich besucht.

Im Laufe des Nachmittags schlossen sich an diese Sitzung noch Sonderberatungen der Presse, der Landesvorständen und der Parteidienst an.

Der Generalstreik in Lille ausgerufen.

* Paris. Die Textilarbeiter in Lille haben am Montag den Generalstreik ausgerufen. In einer Entschließung erklären sich die Arbeiter mit der Durchführung der Sozialversicherung einverstanden und begründen die geforderte Lohnhöhung mit der dauernden Steigerung des Lebensunterhaltes. Es streiken insgesamt 16.000 Arbeitwilligen.

Einweihung eines Hermann Löns-Denkmales.

Auf dem Rahmenstein in den Thürster Bergen bei Hameln wurde ein Löns-Turm zum Gedächtnis des Heimatdichters geweiht.

Überfall auf einen Hamburger Droschken-Chauffeur.

Hamburg. Ein Raubüberfall auf einen Hamburger Droschken-Chauffeur ist gestern zwischen Querjensee und Großen See von zwei noch unbekannten Burschen ausgeführt worden. Die Burschen beflogen im Hamburger eine Kraftdrohne zu einer Fabrik nach Wackenitz, verlebten auf der Strecke den Chauffeur durch zwei Schüsse schwer und verärgerten ihn. Der Überfallene konnte zwar den Führer eines anderen Autos von dem Vorfall verhindern, doch fanden in diesem Augenblick die beiden Verbrecher aus dem Gewöhl, in das sie nach dem Überfall geflüchtet waren, und bedrohten den Führer des zweiten Autos, falls er nicht weiterfähre.

Zu dem Überfall tritt die Polizeibehörde mit, daß einer der Täter, der 34-jährige in Hagen im Westfalen geborene Fischer Fritz Claus, der aus dem Hamburger

Stadtgebiet ausgewichen ist, in Wiese bei Querjensee rennen zusammen werden könnte. Claus hatte einen Roffer mit Einbruchswaffe bei sich. Nach dem zweiten Schuß wird noch gefangen. Der überfallene Kraftwagenführer, der einen Stoßdurch am linken Auge und einen Hinterkopf-Stoßdurch erlitten hatte, wurde in ein Hamburger Krankenhaus geschafft.

Sichtbare Bluttat in Gleiwitz.

Gleiwitz. Um Mitternacht vormittag erschien in Gleiwitz der 28 Jahre alte Arbeitslose Max Lefka seine Mutter, seine Braut, die er am 30. Juli heiraten wollte, und sein uneheliches Kind. Darauf brachte er sich selbst lebensgefährliche Verletzungen bei, denen er bald darauf erlag.

Lefka wohnte bei seinen Eltern im Stadtteil Gleiwitz-Petersdorf. Am Vormittag kam seine Braut, die 19 Jahre alte Anna Werner aus Gleiwitz, in die Wohnung. Es ent-

wand zwischen den jungen Leuten ein Streit wegen der zwei bevorstehenden Hochzeit. Als der Bruder Lefkas hinzutrat, zog Magda eine Waffe und forderte seinen Bruder zum Verlassen der Wohnung auf. Dieser versuchte verzweifelt, ihm die Waffe zu entwinden, und flüchtete schließlich, um die Polizei zu holen. Angewiesen war die Mutter des Lefka verdeckt. Der scheinbar in Hinsicht auf gerettete Max Lefka tödete sie durch einen Brustschuß. Dann ließ er die Studentin ab und eroberte seinen etwa zwei Jahre alten unehelichen Sohn Wolfgang und Johann seine Braut. Beide haben Kopftücher erhalten. Durch das Fenster gab er dann noch einige Schüsse auf seinen Bruder ab, die aber fehlgeschlagen. Schließlich legte er sich leicht eine Kugel in den Kopf. Die Polizei, die kurz darauf erschien, öffnete gewaltsam die Zimmertür. Während der Arzt bei der Mutter, der Braut und dem Kind des Lefka nur noch den Tod feststellen konnte, gab Magda Lefka noch Lebenszeichen von sich. Er wurde in das Krankenhaus geschafft, wo er jedoch zwei Stunden später seinen Verlebungen erlag.

Gauverband der V. u. Gebirgstrachten-Vereine, Leipzig

Großer Trachten-Festzug

Voranzeige!

Sonnabend und Sonntag, den 2. und 3. August im Stern und Stadtpark

• Fahnenweihe • und 7. Mitteldeutsches Gaufest

Trachten-Verein Edelweiß Riesa

Sonntag, nachm. 3 Uhr

Aufführung des Münchener Reitfontanzes
auf dem Rathausplatz

Drucksachen aller Art

für Geschäfte, Vereine und Privatbedarf, in vornehmer, zeitgemäßer Ausführung, in Schwarz-, Bunt- und Kopierdruck liefert solid und preiswert die

Buchdruckerie von Langer & Winterlich, Riesa, Goethestrasse 59.

Teleg.-Adr.: "Tageblatt Riesa" — Fernruf Nr. 20.

Massenauflagen für Rotationsdruck billigst.

Mittwoch.

Freibank Mehltheuer.

Mittwoch nachm. 5 Uhr frisches Schweinefleisch.

Verbot.

Das Betreten der Feldwege und das Pilzen suchen auf Wiesen, Wachstümern und Grabentändern ist untersagt verboten. Eltern sind für ihre Kinder verantwortlich. Die Altenkennungshaft Pöhlitz.

Vereinsnachrichten

Allgemein. Turnverein (D.D.). Mittwoch 9 Uhr Turnrat und Festausklang bei Höpner. Gängerkrax. Morgen abend 8 Uhr Vorstandssitzung in der Burg. W.B. Adler. Donnerstag, 31. 7., Ausfahrt nach Seerhausen. Treffen mit "Sagonia" Oschatz. Versprechen wegen Bundesfest in Halle. Start 20 Uhr Dampfbad.

F. R. Morgen Mittwoch 7,8 Uhr Übung im Gerätehaus. Steinbach, Brandmitte.

Parkschlößchen. Morg. Mittwoch Schweineschlachten. Ergebundt lädt ein. Germ. Vogel.

Gasthof Nünchritz

Morgen Mittwoch. — Dielentanz. Ergebundt lädt ein.

Reste besonders billig.
Beachten Sie bitte mein Schaufenster.

Fritz Kretzschmar
neg. Durchgang, Hauptstr. 32.

Ein großer Hund

Bokard, schwarzbraun, weiße Brust u. 2 weiße Worderplatten, l. entlaufen. Zu melden im Gemeindeamt Görlitz.

Einf. mögl. Zimmer Ecke Rosenplatz zu verm. Zu erfr. im Zechl. Strela. Gut mögl. Zimmer mit elektr. Licht an best. Herrn o. verm. Zu erfr. i. Zhl. Strela. Wohn- u. Schlafzimmer an best. Herrn o. Dame sof. o. Säutez. verm. Zu erfr. im Zechl. Strela.

Reisevertreter
(Innen)

für eine neue gute Ver-
bindlichkeit. Die
beste Sache für sofort ge-
liefert. Angeb. u. J. 1930
an das Tageblatt Riesa.

Noch bis einschließlich Freitag

den 1. August

können Sie die Vorteile meines

Saison-Ausverkauf's

genießen. — Keiner versäume diese günstige Gelegenheit!

Franz Heinze

Morgen
Wittwoch
Schönheit.
Früh 7,9 Uhr
Mittag
später Fr. han. Schö.
Galleriebüffet
und Gastveter.
M. Gumlich, Goethestr. 55.

Einfamilien-Haus
wohl, mit Garten, Gelb.
u. Stall in Umgebung o.
Oschag, logisch beziehbar,
sofort für den billigen
Preis v. 7000 Mf. zu ver-
taufen. Offert u. K. 4928
an das Tageblatt Riesa

1 guterbalenes, gebra.
Federbett

zu kaufen, gel. off. u. L 4928
an das Tageblatt Riesa erh.

V. A. O. D.
Mittw., 30. 7. 30, Wan-
derabend nach Moritz. Kreis
hierzu 7,8 Uhr Parkfeier.

Bei Herrn Bäckermeister Röhler war
"Hohmabrot" B. (will)

am Freitag und Sonnabend vollständig ausverkauft.
Heute und täglich wieder laufend frisch

"Hohmabrot" B. (weiss)

"Hohmabrot" A. (dunkel)

zu haben bei den Bäckermeistern:

Werner, E. Bismarckstraße
Köhler, Th. Goethestraße
Quass, B. Großenh. Str.
Karl, A. 1. Et. Bauz. Gothe.
Rädler, A. Bismarckstr.
Richter, G. Döppiger Str.
Mittmannschaft, Schönhofer.
Dommertelbühne, c. Bf.
Thiers, G. R. Gröbe
Palmatz, M. R. Gröbe
Fürtter, M. Dörfel

Müller, C. Neuwerba

Müller, H. Neufuß

Lederer, H. Röderau

Müller, R. Röderau

Schrodt, C. Zeithein-Str.

Schrodt, A. Glashütte

Gey, G. Döppig. b. Riesa

Gey, G. Rindfuss

Böckel, M. Rindfuss

Trotz, M. Göhlis

Flechten.
Herr G. O. Schöppelhof schreibt uns: Unterred-
neter begreift, daß ich durch Sie von den läufigen
Flechten, an welchen ich 11 Jahre gelitten habe, in
8 Tagen geholt werden bin". Auskunft sofortig.
Central-Vertrieb, Strudorf (Bayern).

Burkhardt vom Graben unseres lieben
unsergeliebten Vaters, Bruders, Schwie-
gers und Schwiegervaters, des Herrn

Otto Dornik

bringt es mit allen lieben Freunden,
Nachbarn und Bekannten für den reichen
Blumenstrauß, Geldgeschenk und das leiste
Gesetz persönlich zu danken.

Besonderer Dank Herrn Wackerl, Bed
für die kostreichen Blüten, dem Gesang-
verein "Cäcilie" für den erhebenden Ge-
lange. Dank auch dem Männerverein, dem
Willkürverein, dem Metallarbeiterverband
und den Arbeitern und Angestellten der
Mitteldeutschen Stahlwerke für die Zene
bis zum Ende.

Riesa, den 29. Juli 1930.
Die Trauernden Günterliebenen.

KAFFEE-HANDELS-AKTIENGESELLSCHAFT

(Kaffee Hag)

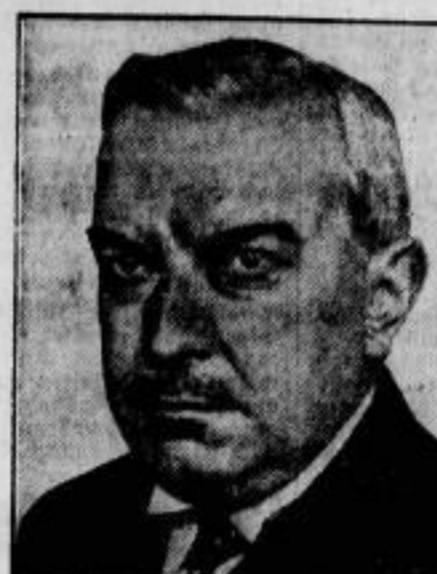
Die Führer der Deutschen Staatspartei.



Ernst Demmer,
Generalsekretär des Gewerkschaftskreises deut-
scher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenver-
bände, bis vor kurzem der Führer des Reichs-
bundes der Demokratischen Jugend.



Meier Mahraun,
Gründer und Hochmeister des Jung-
deutschen Ordens, voraussichtlich der
Vorsitzende der neuen Partei.



Reichswirtschaftsminister Dietrich,
bisher Reichstagsabgeordneter und
Mitglied des Vorstandes der Deut-
schen Demokratischen Partei.



Reichsjustizminister
a. D. Dr. Koch-Weber,
bisher Führer der Deutschen
Demokratischen Partei.

Die „Deutsche Staatspartei“ im Spiegel der Berliner Presse.

II Berlin. Die Gründung der Deutschen Staatspartei findet in der Berliner Presse ein überaus lebhaftes Echo. Gegenüber begeistert von der Gründung zeigt sich die „Volkszeitung“, die in einer „Stresemann-Erbe“ überschreitenden Besprechung die Behauptung aufsteht, wenn Gustav Stresemann nicht vorsätzlich dahingerafft worden wäre, dann hätte auch sein Name unter dem Aufzug der Deutschen Staatspartei gestanden. Das Blatt betont, daß Stresemann dreimal den Gedanken erwogen habe, sich von der Deutschen Volkspartei zu trennen, weil er in ihr nicht mehr die Träumerin einer Weltstaatshandlung gesehen habe, weil sich in ihr die Einflüsse mächtiger Interessengruppen allzu sehr geltend gemacht hätten. Das Programm der Staatspartei, heißt es in der Besprechung weiter, war im wesentlichen das seine, wenn er es in Einzelheiten auch anders geformt hätte. Ihm war das wichtigste die Anerkennung des Prinzips des Staates, dem sich die wirtschaftlichen und materiellen Interessen der einzelnen Stände unterordnen haben. Die Deutsche Staatspartei dachte er sich als die rohe republikanische Mitte, die zwischen rechts und links den Ausgleich schaffen sollte. Das Blatt weist darauf hin, daß dieses Ideal durch die Deutsche Staatspartei, wie sie sich heute repräsentiert, noch nicht erreicht ist, es betont aber, daß, wenn die Deutsche Staatspartei das wird und bleibt, was sie verspricht, aus dem Beginnen einmal auch die Vollendung werden kann.

Auch von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird die Neugründung freundlich aufgenommen. Handelt es sich wirklich nur um eine Galvanisierung der Demokratischen Partei unter anderem Namen, schreibt das Blatt, so würde das Ergebnis ein baldiges Viaso sein. Der Gründungsaufruf spricht nicht dafür. Wir sehen in ihm vielmehr manifastische Anhaltspunkte, die in eine andere Richtung deuten, nach der liberalen Partei hin, die ein erwünschtes Gegengewicht gegen den auf der rechten Seite vorgelegte.

Skeptischer äußert sich das „Berliner Tageblatt“, das feststellt, daß die neue Partei bisher weder eine breite noch eine sichere Grundlage hat. Für die Demokratische Partei wird sich ihr Parteiauslauf zu entscheiden haben, ob er den Wechsel des Namens und die in mancher Hinsicht veränderte Grundidee aufzuhalten will, ohne zunächst dafür als Gegenwart eine breite Front der Staatsfreien und sozialförmlich gesinnten Mitte zu erhalten. Im besten Falle, heißt es weiter, muß man das neue Gebilde als untermittig betrachten. Das ist an sich kein Fehler. Es wäre aber zu wünschen gewesen, daß der Entwicklungsprozeß wenigstens ohne erkennbare Steilungen mit den benachbarten Gruppen geblieben wäre. Die stärkere Betonung sozialer Gefüngnis erkennt das Berliner Tageblatt rückhaltlos an. Es warnt aber zum Schluß davon, die neue Partei zu einer Leibgarde für die Regierung Brüning werden zu lassen, weder für ihr Finanzprogramm noch für ihre politischen Methoden.

Die „Germania“ schreibt u. a.: Man kann sich kaum Eindrücke erwerben, daß zwischen dem Sammlungsbrief des volksparteilichen Führers Scholz und der Gründung der Staatspartei ein gewisser uräthlicher Zusammenhang besteht. Der unklare Schrift des Herrn Scholz hat also eine sehr klare Antwort erhalten. Hier hat offenbar die Befürchtung misgetragen, daß auf dem von Dr. Scholz angeregten Wege eine wirkliche Sammlung oder Neuordnung nicht aufzutun kommen werde oder doch jedenfalls ein Geschäft und eine Tendenz erhalten könnte, die vor allem den Demokraten nicht behagte. Die Zentrumspartei wird durch die Unruhe und die Rengestaltung, die nun auch auf die Mitte übergreift, nicht beruhigt. Das Blatt weist darauf hin, daß die Zentrumspartei seit ihrem Bestehen eine Staatspartei ist. Wenn die neue Deutsche Staatspartei im Bereich der liberalen Mitte wirklich zu einer Sammlung und zu einer Stärkung der Staatspolitik führen könnte, dann wäre sie auch von unserem Standpunkte aus durchaus zu begrüßen.

Neben die Aussichten der neuen Partei schreibt die „Tägliche Rundschau“, daß man über den Ausgang des Wahlkampfs natürlich nichts Sichereres sagen könne, zumindest nicht wisse, was dabei aus dem alten volksparteilichen Kern wird, der jedenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen sein dürfte, wenn er allein für sich an die Wähler appelliert. Der Justizminister Dr. Curtius sympathisiert, so betont das Blatt mit der Staatspartei und würde wahrscheinlich ihm nahestehende Politiker aus den Stresemann-

In der „Berliner Rörschau“ begegnet die Neugründung erheblicher Kritik. Vom Standpunkt der Bekämpfung des roten Blocks könnte, erklärt die Zeitung, die Neugründung als nicht unerfreulich bezeichnet werden. Bei näherer Betrachtung drängen sich aber Bedenken und Einschränkungen auf. zunächst sei es fraglich, ob der ohne Zweifel sehr starke linke Flügel der Demokraten den neuen Kurs mitmacht. Das Blatt weist darauf hin, daß die beiden Führer des linken Absatzs, Erleren und Haas, nicht wieder kandidieren sollen, ferner auf die Erklärung

Ostsachsens Deutschnationale hinter Hugenberg.

* Dresden, 28. Juli. Am Montag nachmittag trat im Hotel Bristol in Dresden der Landespartivorstand der Deutschnationalen Volkspartei in Ostsachsen unter zahlreicher Beteiligung der Vorsitzenden der einzelnen Ortsgruppen zusammen. Der Vorsitzende, Herr von Lützow, gab einen im Name der Parteileitung gehaltenen Bericht und betonte, daß Graf Westarp mit seinem Austritt aus der Partei seine politische Laufbahn abgeschlossen habe.

Dann ergriff Oberfinanzrat Bang das Wort und zeigte im einzelnen, wie die Spaltung der DRVP von den Herren Treviranus und Lambach seit zwei Jahren planmäßig vorbereitet wurde. Die Lösung der Herren um Westarp und Treviranus von der Partei sei nichts anderes als eine Verlängerung ihrer bisherigen Grundlage. Die DRVP halte an ihnen unerschütterlich fest, und zwar 1. Kampf all dem, was vom Versailler Vertrag herkommt; 2. Kampf jedem marxistischen Gedanken, der Hauptursache unserer Notlage; 3. Absehung der republikanischen Staatsform.

Nach der lebhaften Aussprache wurde der Versammlung folgende

Entschließung

vorgelegt, die gegen eine einzige Stimme Annahme fand: Der Landesverband Ostsachsen der Deutschnationalen Volkspartei bekennt sich rückhaltslos zur Politik der Parteileitung unter Führung Dr. Hugenbergs und stellt mit Übereinstimmung die nunmehr vollzogene Rückkehr der Partei auf ihre alten Grundlagen fest. Wir verlangen eine grundlegende Umstellung der Finanz-, Wirtschafts- und Handelspolitik.

Wir sind einmütig in der Ablehnung der Politik, die die Verelendung des deutschen Volkes herbeiführt, indem sie Mittel aus der deutschen Wirtschaft herauszieht, die zur Finanzierung des französischen Militarismus und des Marxismus dienen. Wir verwerfen die wirtschaftszerstörenden und volksverderbenden Steuerpläne des heutigen Kabinetts, wir verweisen eine Politik, die ihr eigenes Kriegsprogramm durch handelspolitische Abmachungen aufzurichten scheint. Nur die Auflösung der Tributfrage und eiserne Sparsamkeit bei allen öffentlichen Ausgaben kann uns helfen. Wir lehnen es ab, den Namen des verehrten Feldmarschalls und Reichspräsidenten von Hindenburg in den Wahlkampf zu ziehen und bekämpfen das Streben anderer, mit seinem Namen ihre hofflose Politik zu decken.

Wir Entschlossenheit und Freiheit folgen wir unserer Führung unter der Fahne Schwarz-weiß-rot in den Kampf für die Befreiung von Volk und Vaterland aus den Ketten von Versailler und von den Fesseln des Marxismus, in den Kampf für den Neuausbau des deutschen Staates.

* Die Mitglieder des Dresdner Ortsgruppenvorstandes, die sich in öffentlichen Erklärungen gegen die Hugenbergsche Politik gewandt haben, wohnten nur dem Beginn der Tagung bei. Sie erklärten nochmals ihren Austritt aus der Partei. Eine Anzahl Vorstandsmitglieder der Dresdner Ortsgruppe erklärten, daß sie von der Austrittserklärung keinerlei Kenntnis gehabt habe und daß die Ortsgruppe der DRVP mit dem größeren Teil des Vorstandes einmütig hinter dem Parteiführer Hugenberg stehe.

Austritt der Dresdner Deutschnationalen aus der Partei

Dresden. Am Montag fand in Dresden eine Sitzung der Parteileitung des Wahlkreises Ostsachsen in der Deutschnationalen Volkspartei statt, in der der bisherige Vorsitzende der Ortsgruppe Dresden, Stadtverordneter Dr. Berthold folgenden einstimmigen Beschluß des Vorstandes der Ortsgruppe bekannt gab:

Der Vorstand der Ortsgruppe hat sich bei allen seinen politischen Handlungen von den Richtlinien leiten lassen, die

von den Führern der Partei im Programm festgelegt sind. Infolgedessen war der Vorstand mit der politischen Zielsetzung des Parteivorstandes immer einverstanden. Gegenwärtig bestanden nur über die zur Erreichung dieses Ziels zu gehenden Wege. Verschärfte wurden sie dadurch, daß ein lachlicher Auftakt dieser Gegenseitigkeiten zur Unmöglichkeit wurde. Dies hatte weiter zur Folge, daß Gegner der offiziellen Parteimeinung verkehrt wurden und daß ihnen sogar die nationale Gesinnung abgesprochen wurde. Infolge dieser Gesplogenheiten hat es nun der Vorsitzende des Landesverbandes Ostsachsen für angezeigt gehalten, ganz einseitig gegen die Ortsgruppe Dresden Stellung zu nehmen und zu versuchen, sie unter die bedingungslose Sozialdemokratie an zu ziehen und zu zwingen. Ein Eingehen auf dieses Verlangen hätte uns gezwungen, uns gegen unsere Überzeugung von den Grundlagen der Partei zu entfernen. Da wir diese politische Überzeugung in dem unserer Meinung nach falschen Kurs der heutigen Parteileitung nicht mehr bestätigen können, scheiden wir, wenn auch mit schwerem Herzen, aus der Deutschnationalen Volkspartei aus.

Eine Erklärung der Ortsgruppe Dresden der DRVP.

* Dresden. Die bietige Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei gibt folgende Erklärung bekannt: „Die Dresdner Deutschnationalen treten hinter Hugenberg! In den Dresdner Abendblättern vom Montag, dem 28. Juli, ist ein einstimmiger Beschluß des Vorstandes der Ortsgruppe Dresden der Deutschnationalen Volkspartei“ wiedergegeben unter der Überschrift: „Austritt der Dresdner Deutschnationalen aus der Partei“. Dazu ist folgendes sachlich richtigzustellen:

1. Die Entschließung ist nicht vom Gesamtvorstand getroffen, sondern gibt nur die Meinung eines Teiles des engen Vorstandes wieder.

2. Diese Gruppe hatte bereits in einer „Kundgebung“ in den Morgenblättern vom 21. Juli ihre Trennung von der Politik der Parteileitung dadurch vollzogen, daß sie u. a. erklärte: „Die deutschnationale Ortsgruppe Dresden steht nicht unter dem Banner oder der Parole dieses oder jenes Führers.“ Damit ist der Führergedanke, der ein Grundzog der Deutschnationalen Volkspartei ist, eindeutig verschwunden. Der Austritt dieser Vorstandsmitglieder am 28. Juli war demnach lediglich die gebotene Schlusfolgerung aus der erwähnten Stellungnahme.

3. Entgegen dem Wortlaut des Beschlusses jener ausgetretenen Gruppe steht nicht „ein kleiner Kreis“, sondern die Masse der Mitglieder der Ortsgruppe Dresden ist und überzeugt hinter dem Parteiführer.

The Deutschnationale Volkspartei,
Ortsgruppe Dresden.

Nationalsozialistische Wahlvorbereitungen.

* München. In München fand am Sonntag eine Zärtigung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei statt, an der außer der Parteileitung die Gauführer, sowie die Abgeordneten der Partei teilnahmen. Den Rössli führte der Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser. Gegen der Tagung war die Befreiung der Durchführung des Wahlkampfs. Dabei hielt Adolf Hitler einen richtunggebenden Vortrag. Mit der Annahme des Youngplanes seien Marxismus und Bürgertum in gleicher Weise belastet. Das ermöglicht der Nationalsozialistischen Partei, im Wahlkampf von Anfang an zur energischen Offensive gegen die gesamte Front der Young-Parteien überzugehen. Minister Dr. Goebbels entwickelte die Grundlagen und Gesichtspunkte der nationalsozialistischen Wahlpropaganda.

Die „Renaissance“ schreibt, Herr Mahraun hat seinen Jungdeutsch-Orden nicht nur in unmittelbare Nähe, sondern Seite an Seite des Reichsbanners geführt. Welche Wendung durch Mahraun möglich! Ob allerdings die Jugend mit Herrn Koch-Weber und den verschwommenen Zielen des Herrn Mahraun, die nunmehr offensichtlich in ein schwarz-rot-goldenes Tuch eingewickelt sind, marschieren wird, beweisen wir umso mehr, als sie sicher nicht ihre Aufgabe darin erblicken, in anderer Form zu erhalten, was zum Sterben reißt.

Der „Volksanzeiger“ und die „Deutsche Zeitung“ sind sich einig in der Ablehnung der neuen Partei.

der neuen Staatspartei, daß es jedem Mitglied der Partei freistände, sich im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zu befinden. Hier scheint nach Ansicht des Blattes die Brücke erhalten werden zu sollen, die die Deutsche Staatspartei nach den Wahlen zwecks Verbindung mit der Sozialdemokratie vielleicht betreten möchte.

Eine wesentliche herbe Kritik, die sich bis zu einer ironischen Ablehnung steigert, erläutert die neue Partei in den stark rechtsgerichteten Zeitungen. Die „Deutsche Zeitung“ nennt die Neugründung den Rettungsanker für die Demokratische Partei, die sich nicht mehr anders zu helfen gewußt habe.

Der Geldstrom nach dem Osten.

Es wird nun nicht lange mehr dauern, bis der Geldstrom nach dem Osten sich in Bewegung legt. Es ist wohl kaum weniger ein Strom, als ein Bachlein, durch das nur für die allerdringendsten Bedürfnisse der notwendigste Zufluss rinnen wird. Der Gedanke der Abstüzungsbank mit ihren 20 Millionen RM. mußte angeholt der parlamentarisch-politischen Tage fallen gelassen werden und für die notwendige Umschuldungsaktion stehen nunmehr 100 Millionen RM. zur Verfügung, zu denen die 50 Millionen Reichsmark für Betriebsicherung und 7 Millionen Reichsmark für Einsenkung hinzutreten. Dadurch, daß die Reichsregierung eine Bürgschaft für 100 Millionen RM. in die Notverordnung eingebracht hat, scheint das preußische Angebot über 100 Millionen für die Umschuldungsaktion historisch zu werden, allein die Frage dürfte durch weitere Verhandlungen zwischen Reich und Preußen dahin entschieden werden, daß 50 Millionen durch die Preußenkasse und 50 durch die Rentenbank-Kreditanstalt des Reichs gehen. Es bedarf keiner weiteren Erwähnung, wie notwendig diese Umschuldungshilfe sind, die allein den Wiederaufbau rechtfertigen, der ohne eine unmittelbar nachfolgende Umschuldung zu einem wirtschaftspolitischen Unsinne würde.

Umso notwendiger ist die Frage der langfristigen und zweckmäßigen Verwendung dieser 100 Mill. die keinesfalls nach Art früherer von mehr oder minder stark interessierter Seite dirigirte Subventionen verhindern dürfen. Hier erhebt sich nun die weiterhin wichtige Frage: die der technischen Durchführung der Umschuldungsaktion, die nur unter genauerer Kontrolle vor sich gehen kann. Man kennt die Erfahrungen, die bei der Verwendung früher gegebener Reichsmittel mit dem System der Taxierung, Sanierungsbefürchtiger Betriebe durch mehr oder weniger lokal oder gar personell gebundene Taxatoren gemacht wurden. Nicht anlegt auf dieses System ist die Tatsache zurückzuführen, daß die kaum eben mit öffentlichen Geldern besetzten Betriebe nach kürzester Frist wieder am Rande des Ruins standen, während Betriebe, die innerlich gelaufen und wirklich sanierungswürdig waren, nicht der Wohlthat der Sanierung durch öffentlicher Mittel teilhaftig wurden, weil ihre Inhaber den Anschluß an die zuständigen Taxatoren verpaßt hatten. Dies geschah, obwohl es ein ernst und außerordentlich ausgearbeitetes Kontrollsystem gab. Dieses Kontrollsystem, durch das die zuständigen Stellen ohne weiteres und mit Sicherheit alles Wünschenswerte über die Kreditwürdigkeit der östlichen Betriebe hätten erfahren können, ist an die preußische Zentralgenossenschaftskasse angegeschlossen und es kann kein Zweifel sein, daß Mangel an Zusammenarbeit zwischen Reichs- und preußischen Stellen eine Mirkwirtschaft zu erheblichen Teilen verantwortlich hat. Durch seine kürzlich bekannt gewordene Osthilfe-Initiative hat die preußische Regierung klar erkennen lassen, daß sie bereit ist, der großen Sache der Schließung ihrer östlichen Provinzen bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit zu dienen. Es ist jetzt Sache des Reiches, erkennen zu lassen, daß es von gleicher Hilfsbereitschaft rein um der Sache willen beseelt ist und daß es alles tut, um den Geldstrom, der jetzt nach dem Osten fließen soll, in und durch die richtigen Kanäle zu leiten.

Politische Tagesübersicht.

Aus der Deutschnationalen Partei ausgetreten. Geheimrat Professor Dr. H. Otto, München, einer der Mitbegründer der Deutschnationalen Partei in Bayern, hat laut Münchner Neuesten Nachrichten seine Partei als dritter Vorsitzender der Deutschnationalen Partei Bayerns, als Vorsitzender des Landesverbands Südbayerns und als Mitglied des Reichsparteivorstandes der Deutschnationalen Partei niedergelassen und ist aus der Partei ausgetreten.

Kein deutscher Sklaventransport nach Russland. Ein nationalsozialistisches Blatt behauptet, daß 500 deutsche Bergarbeiter von dem Kohlenkonsortium in die Sowjetsschöle noch dem Donnerstag wie Sklaven transportiert worden seien. Der Sachverhalt ist jedoch, wie das Nachrichtenbüro des VdA hört, einfacher, da im Westen u. a. in Gelsenkirchen, arbeitslose deutsche Bergarbeiter sich haben anwerben lassen und normale Arbeitsverträge mit Russland abgeschlossen haben und zum Teil auch schon dorthin gegangen sind. Von einem Sklaventransport kann also in keiner Weise die Rede sein.

Der Vizepräsident der österreichischen Bundesbahnen tritt zurück? Der Neuen Freien Presse infolge soll der Vizepräsident der österreichischen Bundesbahnen, Sektionschef Enders, von diesem Posten austreten. Dagegen soll gelegentlich der diefer Tage erfolgten Reibigung der Verwaltungskommission der Bundesbahnen der den Heimwehren nahestehende Direktor der Grazer Elektrischen Straßenbahnen, Dr. Straßella, dessen Ernennung zum Generaldirektor der Bundesbahnen eine heikelmäßige politische Frage bildete, in die Verwaltungskommission berufen worden sein.

Der Handverband der österreichischen Buchdruckereibesitzer über die Ründigung im Graphischen Gewerbe. Der Handverband der Buchdruckereibesitzer gibt über die Ründigungen im graphischen Gewerbe eine Darstellung, in der es heißt: nach den bisher vorliegenden Melbungen wurde gemäß dem Beschluss des Hauptverbandes die 14-tägige Ründigung des Personals in etwa 400 Druckereien und Graphischen Anstalten Wiens und über 230 Druckereien in den Bundesländern durchgeführt. Von der Ründigung waren laut Beschluss des Hauptverbandes die Zeitungsdruckereien ausgenommen.

Dreißig Milliarden Mark amerikanische Auslandschulden. Hilfsminister Klein sagte am Sonntag abend in einer Rundfunkrede, daß Amerika nicht nur eine Gläubiger, sondern auch große Schuldnernation sei. Die Vereinigten Staaten schuldeten dem Ausland Ende 1929 7½ Milliarden Dollar (über dreißig Milliarden RM.) gegenüber ungefähr fünf Dollar-Milliarden (über zwanzig Milliarden RM.) im Jahre 1912.

Entsendung eines sozialpolitischen Referenten nach Wien. Wie verlautet, wird Regierungsrat Dr. Gilcher vom Reichsministerium als sozialpolitischer Referent der deutschen Botschaft in Wien zugestellt werden. In den letzten Jahren waren bereits Beamte des Reichsministeriums als sozialpolitische Referenten in London, Paris, Brüssel, Washington und in den skandinavischen Ländern tätig. Der Londoner Posten ist z. Zt. zum zweitenmale besetzt. Die Entsendung eines sozialpolitischen Sachverständigen nach Wien zeigt, welch großen Wert das Reich auf eine Zusammenarbeit in sozialpolitischen Dingen mit Österreich legt.

Auch Schuhwerk in Sowjetrussland rationiert. Wie der „Rostanzeiger“ aus Moskau meldet, sind dort jetzt auch Schuhe und Stiefel, die bisher noch im freien Handel erhältlich waren, rationiert worden. Der Rat des Volkskommissariats hat eine Verordnung erlassen, nach der nur Fabrikarbeiter und ihre Kinder berechtigt sind, Schuhe zu kaufen, und zwar unter Vorweisung ihrer Lebensmittelfakte. Diese Verordnung bedeutet, daß auf unbekannte Zeit nur etwa 300 000 von 2,2 Millionen Einwohnern Moskaus Erlaubnis haben, Schuhwerk zu kaufen. Der Preis eines Paars Schuhe beträgt etwa ein Drittel des monatlichen Arbeitslohn eines Arbeiters.

Volen liefert Kriegsmaterial auch für Ostland. Die letzten Munitionstransporte, die Volen über die Weiterplatte bei Danzig befördert hat, sind nicht, wie jetzt bekannt wird, für Polen lediglich, sondern für Ostland bestimmt gewesen. Der Transport erfolgte am 17. Juli. Daraus geht hervor, daß Volen neuerdings auch als Lieferant von Kriegsmaterial für Ostland austritt. Wenn man weiter in Betracht zieht, daß demnächst der polnische Staatspräsident dem ostdeutschen Staatsältesten in Potsdam einen Gesamtreichmach machen wird, so steht wieder einmal, daß Volen mit allen Mitteln bemüht ist, Ostland immer fester in die strategisch-polnische Front im Osten einzurichten.

Überfall auf Heimwehrleute in einem Grazer Vorort. In einem Grazer Vorort wurde am Sonntag ein Überfall auf Heimwehrleute verübt, der schließlich in eine blutige Straßenkämpfe ausartete. Von einer Gedächtnisfeier in Radkersburg zurückkehrende Heimwehrleute wurden mehrfach mit Steinen beworfen und beschossen. Die Heimwehrleute lehnten sich zur Wehr, so daß es zu einer Straßenkampf kam, in deren Verlauf acht Personen schwer und schwang leicht verletzt wurden. Der Polizei gelang es erst nach längeren Bemühungen, die Kämpfenden zu trennen.

Frankösische Aufstandsbewegung. Dem Beispiel Londons folgend, veranlaßt die französische Regierung heute Dienstag in Lyon große Aufstandsbewegung. Es soll erprobt werden, welche Möglichkeiten eine Stadt zur Abwehr eines Luftangriffs mit Gasbomben hat. Bei dem Manöver sollen ganz neue Abwehrmittel angewandt werden, die bisher noch streng geheimgehalten wurden.

Die evangelische Arbeiterschaft zu den Reichstagswahlen.

* Leipzig. Der Gesamtverband evangelischer Arbeitersvereine hat zu den bevorstehenden Wahlen folgenden Aufruf erlassen: In einer Zeit höchster politischer, wirtschaftlicher und kultureller Not muß der deutsche Reichstag neu gewählt werden. Die marxistischen Parteien haben trotz aller Gegenähe in organisatorischer Geschlossenheit eine einheitliche Wahlparole "Gegen den Bürgerblod" herausgegeben lassen. In den nichtmarxistischen Parteien dagegen steht eine für jeden Wähler immer unbeschichteter werdende Zerrplitterung ein. Die Folgen sind klar vorauszusehen: Eine noch weiter zunehmende Einschlaflosigkeit des evangelischen Volksstells, eine immer stärkere Abwanderung der nichtmarxistischen Arbeitnehmer in die Reihen der klassenfeindlichen Parteien. Dies muß um des Evangeliums, um des Volkes und um der Arbeiterschaft willen verhindert werden. Darum ergeht unsere Bitte, unser Appell an alle diejenigen nichtmarxistischen Parteien, die im wesentlichen von Evangelisten getragen werden: Nehmen Sie den bevorstehenden Wahlkampf nicht in Selbstzersetzung an! Habt über allem Euch Trennenden das gemeinsame Ziel: Wiederaufbau des Vaterlandes vor Augen! Wisset, daß dies nur gelingen kann unter tätiger Mitwirkung des evangelischen Volksstells! Und dann verzögert über allen Reden von Volkgemeinschaft nicht die praktische Anerkennung des Arbeitersstandes bei der Aufstellung der Kandidatenlisten!

Der polnische Verger über den Abstimmungsfieg.

vda. Nachdem in Ost- und Westpreußen die Feiern anlässlich der zehnten Wiederkehr des Abstimmungstages so glänzend im deutschen Sinne verlaufen sind, verübt die polnische Presse den Eindruck davon möglichst abschwächen. So behauptet der Dziennik Poznański, daß im Kreis Stuhm höchstwahrscheinlich polnische Arbeiter, die von ihren Arbeitgebern abhängig sind, unter Bedrohung mit der Entlassung zusammengetrieben und zur Feier in Stuhm transportiert worden seien. Diese abscheuliche Komödie sei in Szenen gesetzt worden, damit von den Deutschen gelöst werden könne, daß in Ermland zurückgebliebene Polen in Deutschland ihr Vaterland gefunden hätten. An dieser ganzen Beleidigung ist, wie das Nachrichtenbüro des VdA an unterrichteter Stelle erläutert, kein wahres Wort. Es sind keine polnischen Arbeiter zusammengetrieben und zwangsweise zur Feier nach Stuhm transportiert worden. Der Sachverhalt ist lediglich der folgende: Die Landwirtschaftlichen Vereine des Kreises Stuhm haben den landwirtschaftlichen Arbeitern, soweit sie nicht über eigene Gespanne oder andere Fahrgelegenheiten verfügen, durch Gestellung von Wagen zur Fahrt nach Stuhm die Teilnahme an den Abstimmungsfestlichkeiten auf Wunsch ermöglicht. Von einem Druck kann gar keine Rede sein. Die Abstimmungsteilnehmer haben sich in voller Harmonie abgespielt und erneut bewiesen, wie fest die Bevölkerung dieser Gegend an der deutschen Heimat hängt.

Unterschlagungen im Stockholmer Pazifistenverein.

* Berlin. Wie die „DAG“ aus Stockholm meldet, sind beim schwedischen Friedens- und Schiedsgerichtsverein Unterschlagungen aufgedeckt worden. Die Stockholmer Vereinigung lebte u. a. auch von Stiftungen ihrer Abhänger. Über 40000 Kronen sind ihr gezeichnet worden. Davon aber hätten nur die Binsen verwendet werden dürfen. Darüber lehnen sich nun die Leiter der Vereinigung ohne weiteres hinweg. Sie verbrauchten die Fonds selbst und hielten sich nicht an die Wahrnehmungen der Revisoren, denen schließlich nichts mehr übrig blieb, als die Flucht in die Offenheitlichkeit zu ergreifen. Nach ihrer Mitteilung sind nicht nur die 40000 Kronen verschwunden, sondern es sind auch noch 57000 Kronen Schulden gemacht worden, hauptsächlich um Propagandafilme laufen lassen zu können.

Gandhis Bedingungen.

* London. Wie der Daily Telegraph berichtet, wird die Versprechungen mit Gandhi bestätigt, ebenso die Tatsache, daß Gandhi und Dr. Radha eine entgegenkommendere Haltung einnehmen. Der Hauptwiderstand gegen eine Beteiligung der indischen Führer an der Konferenz soll von dem jüngeren Radha kommen.

Die Voraussetzungen für Gandhis Teilnahme sind gewisse Zusicherungen des Vizekönigs in den vier wichtigsten von Gandhi aufgestellten Forderungen:

1. Einbegliederung des Entwurfs einer indischen Verfassung, die im wesentlichen einer völligen Unabhängigkeit gleichkommt, in den Autonomiekreis der Konferenz.
2. Aufgabe der Salzsteuer, Verbot des Bildrauschiants.
3. Amnestie für alle politischen Gefangenen, sobald der Feldzug des zivilen Ungehorsams beendet sein wird.
4. Verhandlungen über die rechtlichen 15 Punkte, die Gandhi vor Beginn seines Feldzugs im März in einem Schreiben an den Vizekönig festlegte nach Abschluß der englisch-indischen Konferenz.

Neue Brotpreiserhöhung in Frankreich

Paris, 29. Juli.
Wie berichtet wird, wird morgen der Brotpreis in ganz Frankreich erneut auf 240 Francs je Kilogramm erhöht.

Güsse für Neuende.

* Berlin. Gestern hat in Regierungsbüro zu Preßlau eine Besprechung über die weiter zu treffenden Maßnahmen zur Unterstützung von Witwen und sonstigen unterstünnungsbedürftigen Angehörigen tödlich verunglückter Bergleute im niedersächsischen Steinbergrevier stattgefunden. Teilgenommen haben: Der Oberpräsident, der Regierungskreis, der Oberbaudirektor, der Verwaltungsdirektor des Landes und Vertreter des Reichsministeriums. — Die Verhandlungen gaben ein erschütterndes Bild von der Notlage, in die die ohnedies schon wirtschaftlich besonders bedrängte Bevölkerung des niedersächsischen Kohlenreviers durch das Unglück geraten ist.

Wenn auch bereits nennbare Summen für die Nothilfe eingesetzt sind, so reichen doch diese Summen bei der Größe des Unglücks und der allgemeinen Not bei weitem nicht aus, daß Ostend zu befreien. Es eracht hiermit nochmals der dringende Appell an alle Bevölkerungskreise, weitere Spenden zur Verkürzung zu stellen.

Aus Anlaß des Grubenunfalls auf der Wenzelsausgrube bei Neuende hat der Landeskonsistorialrat in Nassau-Wiesbaden den Unterbliebenen und Angehörigen der Verunfallten durch den Landeskonsistorialrat von Niedersachsen ein herzliches Beileid ausgesprochen und gleichzeitig zur Vinderung der Not einen Betrag von 3000 Reichsmark überreicht.

Eine Rundgebung des Koblenzer Oberbürgermeisters.

* Koblenz. Oberbürgermeister Dr. Russell teilt folgendes mit: Die ungünstlichen Opfer des Koblenzer Brückeneinsturzes sind zur letzten Ruhe bestattet. In dem freudreichen Schätzungsdaten dat das ganze deutsche Volk in allen Ecken des Vaterlandes und darüber hinaus viele Teile des Auslands eine tiefe, herzliche Teilnahme bekundet. Die erschütternde Tragik des Unglücks, gesteigert durch die vorausgegangene ergreifende Befreiungskriege, hat die deutschen Herzen einander näher gebracht. Ihre Empfindungen sind bei Koblenz am Deutschen Tag zusammengekommen. Wie alle haben in Einigkeit wie die gemeinsame Freude auch das gemeinsame Leid miteinander gefestigt. Wölfe aus dieser innigen Verbundenheit unserem gesamten Wolfssleben ein neuer Auftrieb erwachsen. Die alleitige Teilnahme wird für die Unterbliebenen eine wohltuende Vinderung ihres Schmerzes werden. Im Namen der Stadt Koblenz sage ich allen, die uns in dieser Stunde zur Seite gestanden haben, unvergänglichen aufrichtigen Dank.

Unruhen in Brasilien

New-York, 29. Juli.

Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß im Staate Paráhyba im Zusammenhang mit der Ermordung des Präsidenten Joao Pessoa schwere Unruhen entstanden sind. Wie verlautet, ist eine Person getötet worden. In mehreren Teilen des Landes wurden die Häuser in Brand gestellt.

Weizenernte und Vermahlungsquote

Berlin, 29. Juli.

Mit Rücksicht auf die Verzögerung der Weizenernte in maßgeblichen Anbaugebieten hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft zunächst vor der Festsetzung einer starken Vermahlungsquote für den Monat August abgesehen. Damit tritt der in Artikel 1, Paragraph 1, des Vermahlungswangsgesetzes vorgesehene Stand ein, daß in der Zeit vom 1. August bis zum 30. November 1930 mindestens 40 Prozent Inlandsweizen zu vermahlen ist. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wird aber den weiteren Verlauf der Erntebewegung und der Marktentwicklung ständig beobachten und, so bald sich das Ernteergebnis klar übersehen läßt, eine neue Entscheidung treffen. Es bleibt dabei vorbehalten, bereits im Laufe des Monats August einen höheren Vermahlungszwang festzusetzen, wobei die für die ersten beiden Augustwochen geltende Quote zu verrechnen sein wird.

Erntevorschädigung für Getreide

im Deutschen Reich zu Anfang Juli 1930.

* Berlin. Nach den nunmehr für das ganze Reich vorliegenden Berichten der Saatenstandsberichterstatter wäre nach dem Stande zu Anfang Juli dieses Jahres eine Gesamternte bei 800000 Tonnen von 8,5 Millionen Tonnen (gegen 8,2 Millionen Tonnen im Vorjahr) bei Weizen von 2,8 Millionen Tonnen (3,4 Millionen Tonnen), bei Wintergerste von 478000 Tonnen (881000), bei Sommergerste von 2,5 Millionen Tonnen (2,8 Millionen Tonnen) und bei Hafer von 6 Millionen Tonnen (7,4 Millionen zu erwarten gewesen. Inzwischen haben sich allerdings die Aussichten für die diesjährige Getreideernte sowohl durch die anfangs Juli noch anhaltende Dürre als auch durch das jetzige Regenwetter in verschiedenen Teilen Deutschlands verändert.

Ein sonderbarer Fall von Massensuggestion.

* Rom. Aus dem Erdbebengebiet, in dem die Versorgung mit Lebensmitteln, die Versorge der Verwundeten, die Bergungs- und Aufräumarbeiten seit Sonnabend planmäßig und regelmäßig vor sich gehen, wird ein sonderbarer Fall von Massensuggestion gemeldet. In Apulien hatten sich etliche Hundert Menschen in einer Kirche zu einem Dankgottesdienst versammelt, als aus unerklärlichen Gründen die Menge plötzlich den Eindruck bekam, daß von der Decke des Hauptraumes Teile der Stuck verkleidung abbrechen. Sofort brach in der Kirche eine Panik aus, und alles stürzte zum Ausgang. In dem Gedränge wurden zahlreiche Personen schwer.

Typhuserkrankungen im Rheinland.

Wetter (Ruhr), 29. Juli.

Nach einer Rheintour, die ungefähr 300 Personen aus Wetter (Ruhr) unternommen hatten, erkrankten etwa 14 Tage später mehrere Frauen unter typhusverdächtigen Erscheinungen. Die nähere Untersuchung ergab das Vorhandensein von Paratyphusbazillen. Bislang sind 20 Frauen als typhusverdächtig dem städtischen Krankenhaus zugeführt und isoliert worden. Alle erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung einer weiteren Ausbreitung der Krankheit werden getroffen. Nach ärztlicher Ansicht ist die Erkrankung auf Ansteckung aus dem Ausflugsdampfer oder auf den Kontakt mit dem Speiseeis während des Ausflugs in Res zurückzuführen.

Der Stand des Europa-Rundflugs.

Berlin, 29. Juli.

Über den Stand des Europa-Rundflugs, wie er sich nach gestern abend vorliegenden Meldungen darstellt, ist zu berichten: Von den 60 in Berlin gestarteten Maschinen befinden sich noch 35 auf der Rundflugstrecke. 16 sind in Berlin gelandet, 9 mussten ausscheiden. Die 38 Maschinen verteilen sich z. B. auf folgende Zwangslandeplätze: Danzig (Osterkamp, v. Massenbach, Moß und Peitsche), Königslager (Pusser, Roeder, Ritschia), Warschau (Krüger, Achille), Breslau (Freyberg, v. Kappes, v. Waldau, Böhning, Siebel, Dr. King, die Polen Gedgowski und Włodzimierz), Wien (Stein, v. Gravenreuth, Benz, der Pole Bembenek), München (Babinzki, Pole), Berlin (Startverbot und Neurollisation, Bote, der Schweizer Kolp), Lissabon (Pierroz, Schweiz), Rimini (Dudziński, Pole), in Spanien (Herzog d'Estremera, Spanien, Muslemi, Pole, Orsiński, Pole,haus Belgen, Correa, Frankreich, de Mac Mahon, Frankreich, Zwirlo, Pole, Fr. v. Dungern).

In den Abendstunden des Montags trafen auf dem Berliner Zentralflughafen noch drei weitere Teilnehmer des Europa-Rundflugs ein, so daß sich die Gesamtzahl auf 16 erhöht hat. Erst landete der Pole Błonczyński um 19.08 Uhr, dann flog zugleich die einzigen weiblichen Teilnehmerinnen, die Engländerin Lady Ballon und Miss Spooner. — Der ebenfalls nach Berlin gestartete Pole Bayan mußte in der Nähe von Rummelsburg (Pommern) wegen Ventilbruches nicht landen.

Die Danziger befinden sich vier deutsche Maschinen, und zwar die Flieger Osterkamp, v. Massenbach, Moß und Peitsche, die am Dienstagvormittag in Berlin erwartet werden.

Start der Europaflieger in Breslau.

(Breslau.) Mit Ausnahme des Deutschen Dr. King, der am Montag bei der Landung in Breslau seinen Sporn am Flugzeug abbrach und dessen Reparatur noch nicht beendet war, haben sämtliche in Breslau übernachteten Europaflieger im weiteren Verlauf des Europa-Rundfluges den Gondauer Flughafen heute früh bereits verlassen. Es starteten um 7 Uhr der Deutsche Böhning, um 7.01 Uhr Freibert von Freyberg, 7.02 Uhr der Pole Gedgowski, 7.03 Uhr der Deutsche von Waldau, 7.08 Uhr gleichzeitig die Deutschen von Kappes und Siebel und schließlich um 7.30 Uhr der Pole Gedgowski.

Königslager (Funkspruch). Die Europaflieger Pusser, Roeder und Ritschia, die in Königsberg übernachtet haben, sind im weiteren Verlauf des Europa-Rundfluges heute morgen in der Zeit von 8.2 Uhr bis 8.38 Uhr weiter geflogen. Neu eingetroffen sind die Deutschen Krüger und Achille; sie flogen gleichzeitig um 9.38 Uhr weiter.

Berlin. (Funkspruch.) Im Laufe des Dienstagvormittags trafen vier weitere Teilnehmer am internationalen Europarundflug am Ziel in Berlin-Tempelhof ein. Es handelt sich dabei um durchweg deutsche Flieger. Es landeten gegen 10 Uhr in kurzen Abständen Massenbach, Moß, Peitsche und etwas später Osterkamp. Auf dem Wege von Danzig nach Berlin befinden sich Pusser und die beiden Jungs-Junior-Flieger Roeder und Ritschia. Somit sind bereits 20 Flieger eingetroffen.

Start des Luftschiffes "R 100" nach Kanada.

(London.) Das britische Luftschiff "R 100" ist heute früh um 8.45 Uhr von Cardington zum Flug nach Kanada gestartet. An Bord befinden sich 44 Personen. Geschwaderführer Booth hat das Kommando. Die Flugstrecke beträgt 3242 Meilen und geht über Birmingham, die Britische See, Dublin, Roscommon, den Atlantischen Ozean nach Nordneufundland über Anticosti und dann den St. Lorenz-Strom hinauf an Quebec vorbei nach Montreal. Das Luftschiff "R 100" über 30 Tonnen Gewicht mit sich. Man rechnet damit, daß die Fahrt nicht länger als drei Tage dauern wird. Es befinden sich jedoch vorbehaltlos Lebensmittelvorräte für fünf Tage an Bord.

Die Blätter betonen, daß "R 100" das schnellste Luftschiff der Welt sei, da es bei Verlust eine Geschwindigkeit von 81,5 Meilen in der Stunde erreichte. Es ist 709 Fuß lang, der Durchmesser beträgt 181 Fuß und die höchste Höhe 133 Fuß. Seine Kubikkapazität beträgt über fünf Millionen Kubikfuß. Es hat eine Gesamtverdrängung von 156 Tonnen und ist ausgerüstet mit 6 der leichten Rolls-Royce-Condor-Motoren, die ihm insgesamt 8900 Pferdestärken verleihen.

Eine weitere volksparteiliche Erklärung.

Berlin. (Funkspruch.) Die Nationalliberale Korrespondenz teilt mit: Die Behauptung des "Jungdeutschen" und anderer demokratischer Stellen, Reichsminister a. D. Dr. Scholz habe nun mehr als Gegenstück zur Staatspartei eine sogenannte Reichspartei zu gründen, ist auch nur eine jener freien Erfindungen, die gemacht und verbreitet werden, um für die sogenannte Staatspartei Stimmung zu machen.

Gleichzeitig teilt die Reichsgemeinschaft junger Volksparteier mit, gegenüber der immer wiederkehrenden Behauptung der demokratischen Stellen, daß zahlreiche junge Volksparteier zu der neugegründeten Staatspartei übergetreten seien, stellen wir fest, daß die in diesem Zusammenhang genannten Herren Dr. Winkler und Stöckel von Reichsbahn niemals der Reichsgemeinschaft junger Volksparteier als Mitglieder angehört haben. Dr. Eisnerburg war zwar Mitglied der Reichsgemeinschaft junger Volksparteier, hat in ihr aber niemals eine führende Rolle gespielt.

Berlin. (Funkspruch.) In Kreisen der Deutschen Volkspartei wird zu dem in einem Zeitungsblatt wiedergegebenen Bericht über den Beitritt beworrorgender Volksparteilicher Parlamentarier an der neugegründeten Deutschen Staatspartei darauf hingewiesen, daß Geheimrat Rahl wohl dem Reichsminister a. D. Koch aus Anlaß der Gründung der Staatspartei ein Glückwunschtelegramm gesandt hat, das sich aber nur auf die Gründung an sich bezog. Geheimrat Rahl hat der Volkspartei ausdrücklich mitgeteilt, daß er sich nicht von ihr trennen werde. Reichstagabg. Dingeldey hat telefonisch mitgeteilt, daß er nicht mit der Staatspartei zu tun habe. Gegenüber den Behauptungen, daß Außenminister Dr. Curtius sich für die Gründung stark interessiere, wird in volksparteilichen Kreisen erklärt, daß Dr. Curtius, der seit zur Zeit im Schwarzwald aufhält, von der Gründung der Staatspartei überhaupt nur durch die Zeitungen erfahren habe.

Das Büro der Deutschen Staatspartei

sitzt mit, daß ein vorläufiger Arbeitsausschuss gebildet worden ist, dessen Führung die Herren Arthur Mebraun, Reichsführer der Volksnationalen Reichsvereinigung, Reichsminister a. D. Koch-Meier, Dr. Winkler für die jungen

Volkspartei und Gewerkschaftssekretär Grimm für die aus dem deutsch-nationalen Lager bereits zur Deutschen Staatspartei gekommenen Kräfte übernommen haben. Diese Führung gilt als provisorisch und wird durch die nachkommenden Kräfte ergänzt werden.

Der erweiterte Vorstand des Zentrums

trat heute Dienstag vormittag im Reichstaggebäude zu einer Sitzung zusammen, die aus allen Teilen des Landes außerordentlich stark besucht war. Am Montag hatte bereits eine vorbereitende Sitzung des engeren Parteivorstandes stattgefunden. Der erste Vorsitzende der Zentrumspartei, Reichstagabg. Raas, der die Verhandlungen leitete, hielt einen eingehenden Vortrag über die politische Lage, den man augleich als programatische Erklärung des Zentrums für den Wahlkampf zu verstehen hat. Er kreiste dabei auch die Parteigruppierungen, die sich in den letzten Tagen vollzogen haben. Er begrüßte eine Konsolidierung des Parteiwesens, glaubte aber zunächst Zurückhaltung üben zu müssen, da man erst abwarten müsse, welchen Erfolg diese Versuche haben werden.

Der Führer der Zentrumspartei im preußischen Landtag, Ad. Heck, beleuchtete ausführlich das Verhältnis der Zentrumspartei zur Sozialdemokratie und erklärte, daß es für die preußische Zentrumspartei unmöglich sein würde, mit der Sozialdemokratie weiter zusammenzuarbeiten, wenn die Haltung der Sozialdemokratie dem Zentrum und insbesondere dem Reichskanzler Dr. Brüning gegenüber sich nicht ändere. Wenn mit diesen Kampfsproben der SPD nicht Schluss gemacht würde, falle die Schuld auf die SPD zurück, wenn ein weiteres Zusammenarbeiten nicht möglich sei.

Einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die politische Lage hielt dann Reichskanzler Dr. Brüning, der insbesondere einen Überblick gab über den schwierigen Weg, den die deutsche Finanzpolitik der letzten Jahre gehen mußte. Die Möglichkeit der Sanierung der Reichsfinanzen auf parlamentarischem Wege sei durch die Stimmen der Rechten und der Linken genommen worden. Die Anwendung des § 48 sei keine diktatorische Maßnahme, sie sei vielmehr ein Mittel zur Erziehung des deutschen Volkes zum staatspolitischen Faktor.

Den Jahresabschlußbericht über die Arbeiten der Reichsregierung erstattete Abg. Eßer.

Die Sitzung stand schon in den frühen Nachmittagsstunden ihren Abschluß. Im Anschluß stand eine vertrauliche Sitzung des engeren Parteivorstandes statt.

Verhandlungen der thüringischen Staatsminister.

Weimar. In Garmisch-Vartenflecken wird heute abend eine Zusammenkunft der drei thüringischen Staatsminister stattfinden. Der zur Zeit die gesamten Geschäfte führende Wirtschaftsminister Dr. Rößner ist am Montag abend nach Oberbayern abgereist. Auf Grund vorheriger Verständigung sind der im Oberengadin weilende Finanzminister Baum und der in München anwesende Innensenator und Volksbildungssminister Dr. Trütz ebenfalls nach Garmisch-Vartenflecken abgereist. Die Befreiung gilt vor allem der durch das vorläufige Urteil des Staatsgerichtshofs im Streit um die Reichsgelder für die thüringische Landespolizei geschaffenen Lage, soll aber auch interne Fragen berühren. Die Verhandlungen sind vertraulich.



Neubestellungen

auf das in allen Schichten der Einwohnerschaft von Niels und Umgegend gern gelesene Nielaer Tageblatt zum Bezug nehmen lieberzeit entgegen Sie

Böberien: Frau E. Vogel, Böberien Nr. 73
Glaubitz: Frau Oeffe Nr. 6
Gohlis: E. Kühlwe, Nr. 57
Groß: L. Haubold, Strehlaer Str. 12
- Heidenreich, Alteker, 4
- O. Niedel, Lödaber Str. 2
- Jean Külpe, Kirche Str. 19
Grödel: R. Böttcher, Grödel Nr. 1
Jahnsdorf-Böhlen: R. Steinberg, Bausch Str. 8
Kohls: R. Steinberg, Bausch Str. 8
Langenberg: Otto Scherer, Bädermeister
Reitewitz bei Niels: Frau Schlegel, Reitewitz Str. 104
Mergenhorst: R. Schumann, Bausch Str. 18
Mierendorf: R. Thiele, Grödel Str. 10
Nieders: R. Steinberg, Bausch Str. 8
Rüdersdorf: Marie Kranich, Wiesentorstr. 8
Celle: R. Schwarz, Str. 41
Vorwerk: R. Schumacher, Delfts Str. 41
Vossig bei Niels: R. Schumann, Str. 18
Wronski: R. Steinberg, Bausch Str. 8
Niels: Alle Zeitungsläden und zur Vermittlung an die Zeitungsbücherei Goethetz, 59
(Telefon Nr. 20)
Böberien: R. Schöne, Grundstr. 16
Gaggenau: Frau Oeffe, Glaubitz Nr. 6
Gehrsdorf: R. Steinberg, Bausch Str. 8
Weida (Alt): R. Kluge, Lange Str. 115
Weida (Neu): R. Göge, Langstr. 26
Reitewitz-Dorf: E. Sandholz, Zeilestr. 18
Zeitungs-Läger: Richard Schmitz, Buchhändler

Lebte Funkspruch-Meldungen und Telegramme

vom 29. Juli 1930.

Staatsantrag des preußischen Ministerpräsidenten gegen den Landvölkührer Antonius.

Berlin. (Funkspruch.) Wie der Amtliche preußische Pressemitteilung mitteilt, hat der preuß. Ministerpräsident Dr. Braun auf Grund eines Beschlusses des preuß. Staatsministeriums gegen den Landvölkührer Wilh. Dankens, den Führer der Landvolkbewegung, Strafantrag wegen widerholter grober Beleidigungen gestellt.

Entsädigung beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkspruch.) Der Herr Reichspräsident empfing heute den zur Durchführung der Okklipse in das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft berufenen Ministerialdirektor Dr. Wachsmann zum Vortrag.

Berlin. (Funkspruch.) Der Herr Reichspräsident empfing heute den deutschen Botschafter in Washington.

Kriminalkommissar Siegler verhaftet.

Berlin, den 29. Juli. (Telunion.) Wie aus Magdeburg anmeldet wird, hat die Staatsanwaltschaft am Montag gegen Kriminalkommissar Siegler nach Beendigung des Strafverfahrens gegen ihn einen Haftbefehl erlassen. Siegler wurde am Abend von vier Berliner Polizeibeamten verhaftet.

Das Verfahren gegen Schmidt im Falle Scheitshot eingestellt.

Hamburg. (Funkspruch.) Zum Strafverfahren gegen Schmidt wegen Verführung eines Ausländerin teilte die Befreiungskette mit, durch die Mitteilungen ist nicht erwiesen, daß die Ausreise des Nahum Scheitshot nach Russland durch den Beschuldigten Schmidt oder eine andere Person veranlaßt ist. Es ist anzunehmen, daß Scheitshot selbstständig gehandelt hat. Der Haftbefehl gegen Schmidt ist daher aufgehoben und das Strafverfahren eingestellt worden.

Die Resselplosion in Fahr. — Ein Toter.

Reutlingen. (Funkspruch.) Einer der drei Arbeiter, die bei der Resselplosion im Laboratorium der Bandwurstfirma Lohmann A.-G. schwer verletzt wurde, ist gestern abend nach seiner Entfernung ins Krankenhaus gestorben. Einer der Schwerverletzten schwelt noch in Lebensgefahr.

Segelbootunglüx auf der Elbe.

Dresden. (Funkspruch.) Ein folgenschweres Segelbootunglüx ereignete sich heute vormittag auf der Elbe. Ein mit vier Personen besetztes Boot geriet auf der Höhe von Elbersdorf in eine Gewitterbö und kenterte, wobei drei von den Insassen ertranken. Eine vierte Person konnte gerettet werden.

General Rundt aus Ostbien abgereist.

New York. (Funkspruch.) Die Blätter melden aus La Hay, daß General Rundt abgereist ist. Max vermutet, daß er sich noch Peru gewandt hat.

Eine verdeckte Granate.

Wismars. (Funkspruch.) Wie aus Oppenbrunn gemeldet wird, schlug im dortigen Staatsforst gestern nachmittag um 4 Uhr, als ein Forstbeamter und drei Arbeiter bei Waldbearbeitungen beschäftigt waren, plötzlich eine Granate schweren Kalibers keine 20 Meter von den vier Leuten entfernt ein. Glücklicherweise handelte es sich um einen Blinddänger. Das Geschoss kam von einem französischen Flugzeug. Einige Fälle sind schon wiederholt vorgekommen.

Der Wittenbader.

Berlin (Funkspruch.) Der vom Staatsministerium aus erwartete Witterbericht (222426 = 100) steht für die Woche vom 21. bis 26. Juli 1930 mit 108,0 gegenüber 112,0 in der Vorwoche und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 105,4 (110,4), ihr Gruppe verarbeitende Industrie 97,2 (100,2) und Gruppe Bauwesen und Verkehr auf 122,1 (122,4).

Durch Obst gefund.

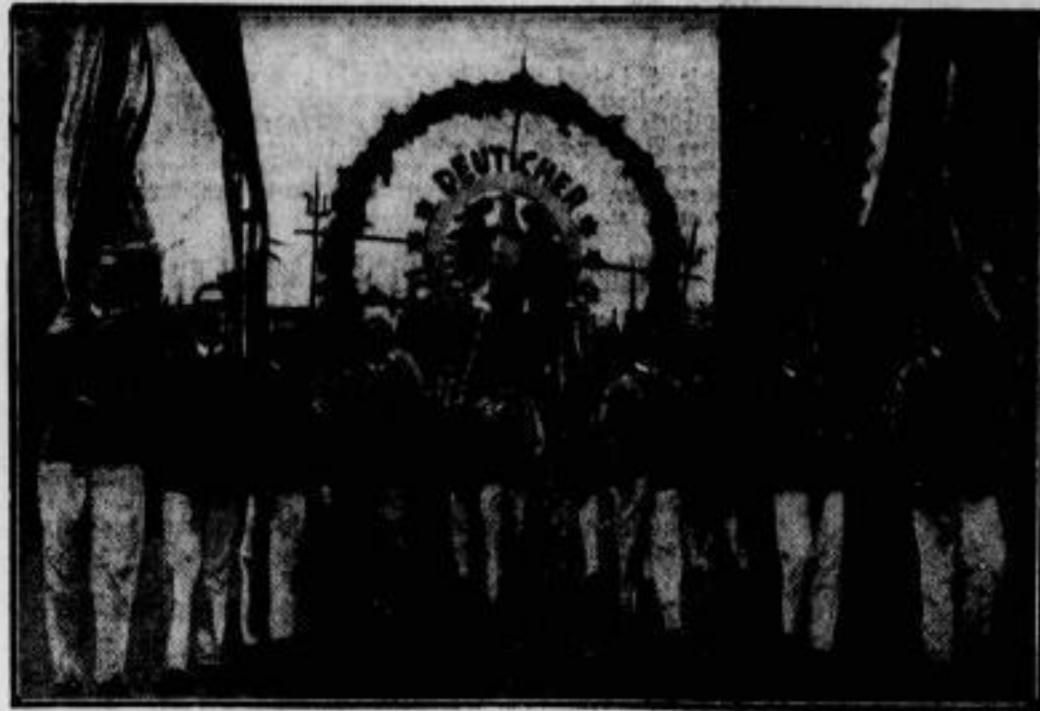
Abb. Eine der häufigsten Gaben, die uns der Sommer bringt, ist das Obst. Das Obstgenus ist für unsere Gesundheit von außerordentlich hohem Wert. Obst enthält nämlich reichlich Vitamine, d. h. jene Ergänzungsnährstoffe, deren Mangel in der Nahrung bisweilen schwere Krankheiten, insbesondere bei Kindern, nach sich zieht. Hierbei gehören Erkrankungen der Knochen und Nerven, der inneren Drüsen, ferner Störung und Erkrankungen der Verdauungsorgane. Und wenn auch der Gesamtbedarf des Menschen an Vitaminen im ganzen recht gering ist, so sollten wir doch die gute Gelegenheit, uns Vitamine in solch angenehmer Form zuzuführen, nicht entgehen lassen. Der Gehalt an Fruchtsäure gibt dem Obst einerseits seinen angenehmen, erfrischenden Geschmack und bewirkt andererseits bis zu einem gewissen Grade auch eine Desinfektion der Mundhöhle. Weiterhin werden durch Obstsaften Säfte und Bohnenfleisch günstig beeinflußt, und ganz besonders hoch ist der Wert des Obsts als angemessenes Mittel zur Anregung der Darmtätigkeit anzuschlagen. Hierzu sollten besonders diejenigen Gebrauch machen, deren Darmtätigkeit durch sogenannte Lebensweise ins Stöcken geraten ist. Auch die günstige Wirkungen vermittelten die auf saltem Wege hergestellten Obstkäse. So stellt das Obst also gleichsam ein Medikament dar, aber auch hier muß man, wie bei jedem Medikament mit den nötigen Vorsicht zu Werke gehen, wenn anders nicht der Ruhm in Schaden für die Gesundheit umzubringen soll.

Samstag ist davon zu warnen, unreifes Obst zu verzehren. Auch sollte man das Obst keinem Waschen oder in Wasser abspülen, bevor man es genießt.

Eine nicht ungebräuchliche Angewohnheit vieler Menschen ist es, zum Obst Wasser zu trinken. Es muß zugegeben werden, daß manche Menschen, ohne zu erkennen, Wasser und Obst zusammen genießen können. Allein wissenschaftliche Untersuchungen und leider traurige Erfahrungen haben gezeigt, daß relativ hoher Genuss von Wasser nach vorangegangem Verzehr, insbesondere von Kirschen und Stachelbeeren, das Obst im Magen stark aufzuhalten läßt. Durch dieses Aufstellen werden die Magendarmwände gespannt und ein Druck auf den Atmungsmuskel und auf das Herz ausgeübt. Schließlich kann es im äußersten Falte zu einer völligen Darmlähmung mit tödlichem Ausgang kommen. Das gleiche gilt von anderen Flüssigkeiten, insbesondere Seltzerwasser, Bier oder dergl. Man vermeide daher jeden Flüssigkeitsgenuss nach vorangegangenem Obstessen.

Auf eine verbreitete Unsitte sei hier noch hingewiesen: Durch das achtlose Wegwerfen von Obstresten und Schalen besteht die Gefahr des Ausgleitens und all seiner unangenehmen Folgen.

Das 19. Deutsche Bundesschießen in Köln.



Der Höhepunkt des 19. Deutschen Bundesschießens, das gegenwärtig unter Teilnahme von Schülern aus dem ganzen Reich, aus Österreich, der Tschechoslowakei und der Schweiz in Köln stattfindet, war ein am 27. Juli veranstalteter Festzug. Eine Spieße bildete eine Schildträgergruppe mit einer Schilderstaffe in Form des Reichsadlers.

Bemerktes.

Schmuggel-Großkrieg. An der deutsch-holländischen Grenze werden, wie holländische Blätter melden, seit einiger Zeit verzweifelte Großkümpfe mit Schmugglern geführt. Gestohlene Waren werden von Holland nach Deutschland geliefert. Tabak und Zigaretten, umgelebt in erster Linie Spirit. Das Neuartige dabei ist, daß die Schmuggler sich eines Autos bedienen, das nach allen Regeln der Kunst gebauten und außerdem imstande ist, auch über unwegsames Gelände vorwärts zu kommen. Die deutschen Zollbeamten haben bisher alles getan, um den neuartigen und kriegerischen Schmuggelgroßbetrieb lähm zu legen, allein bisher haben diese tüchtigen Unternehmer den Grenzen noch stets ein Schnippchen geschlagen, was nicht zu verwundern ist, da die Grenzer noch nicht einmal mit Sicherheit wissen, ob die Insassen dieses Panzerwagens nicht etwa auch noch ein Maschinengewehr bei sich haben.

Wünschelrute im Dienste der Heimat. Ich schreibe. Durch den Wünschelruten-Hänger Siebner wurde an der alten Geroldser Burg bei Quedlinburg ein neuartiger interessanter Versuch unternommen. Die Ruinen



Wilhelm Tell, der berühmteste der Schützen, mit Klein-Walther, der den durchschossenen Apfel trägt.



Ein berittenes Trompeterkorps lädt fröhliche Jagdweisen erschallen.

der Geroldser Burg sind vor fast zwei Jahrhunderten bis auf den Turm abgetragen worden. Es handelt sich nun darum, mit Hilfe der Wünschelrute den Grundriss der alten Burg zu ermitteln. Die Rute soll sich als außerordentlich empfindlich beim Suchen der im Boden verborgenen Grundmauern erwiesen haben. Die Bauern wurden abgesezt und von einem Ingenieur technisch vermessen. Auf diese Weise ergab sich ein klarer und den fortifikatorischen Anforderungen des Mittelalters entsprechender Burggrundriss, der dadurch eine Kontrolle in sich selbst hatte, daß seine Mauerstücke sich zwangsläufig einsfügten.

Ein Einsturzunfall in Freiburg. Das vor einigen Tagen gemeldete Einsturzunfall beim Birtus Sacrafam war, wie die polizeilichen Feststellungen ergeben habe, auf den Bruch eines Tragbalkens an einem der nördlichen Mauern zurückzuführen und zwar auf einen Materialfehler, der, wie der Polizeibeamt betont, von außen nicht erkennbar war. Infolge des Bruchs gab der Bodenbelag in drei Meter Länge und drei Meter Breite nach und eine Anzahl Personen stürzte etwa vier Meter tief ab. Verletzungen erlitten im ganzen etwa vier Personen und nicht 20, wie es in den ersten Berichten hieß. Bei keinem der Verletzten besteht Lebensgefahr, bei vier von ihnen handelt es sich um leichte Verletzungen. Der Unfall ist nach amtlicher Darstellung nicht auf ein Versehen der Birtusleitung zurückzuführen.

„Na, nun bin ich ja zufrieden!“

Dachend und lächelnd ging sie ab.

Als sie hinaus war, dachte Fritz: „Wie ist es nur möglich, daß sie in dem Ton zu mir sprechen kann? Hat sie denn ganz und gar vergessen, was zwischen uns liegt?“

Dann kam Frau Julianne zurück.

Und dann sahen sie sich beide mit langem, fragendem Blick in die Augen.

Jeder wußte vom andern, was er dachte, ohne weiter zu sprechen.

Endlich begann sie, ganz leise, wie zu sich selber:

„Kennen Sie Frau Sieberg schon lange?“

Er nickte. „Bereits als junges Mädchen kannte ich sie.“

Dann wieder ein langes Schweigen.

„Stille und wehmütig sah sie vor sich hin, was sollte sie nun noch fragen, was nun noch sagen? Jetzt wußte sie alles, alles... und an seinen aufsehenden Blicken sah sie ja, daß die andere noch immer sein Herz in Händen hielt.“

Ein paar Tränen wollten kommen, aber sie blieben die Söhne zusammen und machte sich hart.

Da stand er auf, reichte ihr die Hand und sagte leise: „Auf Wiedersehen, Frau Julianne. Leben Sie wohl.“

Stumm drückte sie seine Hand, ein langer, letzter Blick — sagen konnte sie nichts.

Dann ging er.

Sie aber sank zusammen,

Gleich am anderen Tage — Eisbergs Wiedersehen mit Julianne.

„Liebste, ich habe gestern etwas vergessen!“ rief sie lustig und umarmte Julianne.

Die war noch stiller, noch zurückhaltender als gestern, matt lächelnd ließ sie alles über sich ergehen.

„Ich wollte Ihnen nämlich sagen, daß Sie mir über den Grenzen die Tour nehmen sollen, die andere führt ist gräßlich langsam, und man hat an der Grenze endlose Scherereien — ja, das habe ich gestern vergessen, Ihnen zu sagen.“

Julianne nickte freundlich. „Sie sind sehr liebenswürdig, so an mich zu denken — aber ich mußte das auch schon.“

„Auch schon? Natürlich! Ich sage ja, Ihnen kann man doch absolut nichts Neues erzählen! — Na, wenigstens seien Sie, daß es gut gemeint war!“

„Ja, ich danke Ihnen nochmals.“

Eine kleine Beilegenheitspause trat ein.

Und nun merkte Julianne — was sie längst ahnte —, daß die andere noch etwas auf dem Herzen hatte, und daß der gut gemeinte Rat ihr nur eine Redensache war!

Und richtig, gleich darauf begann Eisbergs: „Ja, so, was ich noch fragen möchte: Ist denn etwas daran, was man mir gestern abends von Ihnen erzählt hat?“

Juliane sah lächelnd vor sich stehen, wie sie eben von meiner Beerdigung mit überwältigender Trauer

Mutterung lobt.

Männer vom Tongen in Bild und Wort.



Bild links nach rechts:

Schreiner Kirchenrat Professor D. Rembowski, der bekannte Leipziger Theologe, dessen zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen in weitesten Kreisen bekannt geworden sind, kann am 1. August seinen 70. Geburtstag feiern. Von den zahlreichen Ehrendächtern, die der Gelehrte bekleidet, sind in erster Linie der Vorstand im Zentralvorstand des Evangelischen Gustav-Adolf-Vereins und im Auslandsausschuss des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses zu nennen.

Die frühere Königin von Serbien als Bettlerin verhaftet. In einer Pariser Kneipe wurde eine Bettlerin verhaftet, deren polizeiliche Vernehmung ergab, daß sie die frühere Königin Natalie von Serbien war. Mit 16 Jahren Gattin des Fürsten Milan von Serbien, mit 23 Jahren serbische Königin, sechs Jahre später geschieden, mit 41 Jahren Witwe und 30 Jahre darauf Strafbettlerin — das ist das Schicksal einer Frau, auf die einst die Augen ganz Europa gerichtet waren.

Er möchte auf den Thron von Ägypten zurück. Der frühere Scheide von Ägypten, Abbas II. Ottimi, der kurz nach Kriegsbeginn seiner türkefreundlichen Einstellung wegen von den Engländern abgesetzt worden ist, soll die Absicht haben, die gegenwärtige Misstrümmerung gegen König Faruq von Ägypten für seine Rückkehr auf den Thron auszunutzen. Ob England hierzu seine Hand bieten wird, erscheint mehr als fraglich.

Bild links.

Die ersten Europa-Rundflieger glücklich am Ziel.

Am 27. Juli landeten die ersten Teilnehmer des Europa-Rundfluges auf dem Berliner Flughafen Tempelhofer Feld und vollendeten hiermit ihren 7850 Kilometer langen Flug. Bei den deutschen Fliegern Pöß (links) und Morzik (rechts) waren ihre Kinder die ersten Gratulanten. Die Engländer Butler (Mitte links) und Broad (Mitte rechts) wurden von Herrn von Hoepner (zwischen beiden), der als Geschäftsführender Vizepräsident des Aero-Clubs von Deutschland die Hauptarbeit für die Organisation des Europa-Rundfluges geleistet hat, empfangen.

Bild darunter:

Der Frauenländerkampf Deutschland—England, der am 26. Juli in Birmingham ausgetragen wurde und mit der Niederlage Deutschlands 49 : 51 endete (von links): Ellen Braumüller (Berlin) bei ihrem Wurf von 25,58 Metern, mit dem sie den Sieg im Speerwerfen errang — Stabwechsel der 4×100-Meter-Staffel, die von England gewonnen wurde (A = Deutschland, B = England). — die Schwester der Speerwerferin, Inge Braumüller, die sowohl für den Hochsprung wie für den Weitsprung favorisiert war, jedoch überraschenderweise in beiden Wettkämpfen nur den dritten Platz belegen konnte.

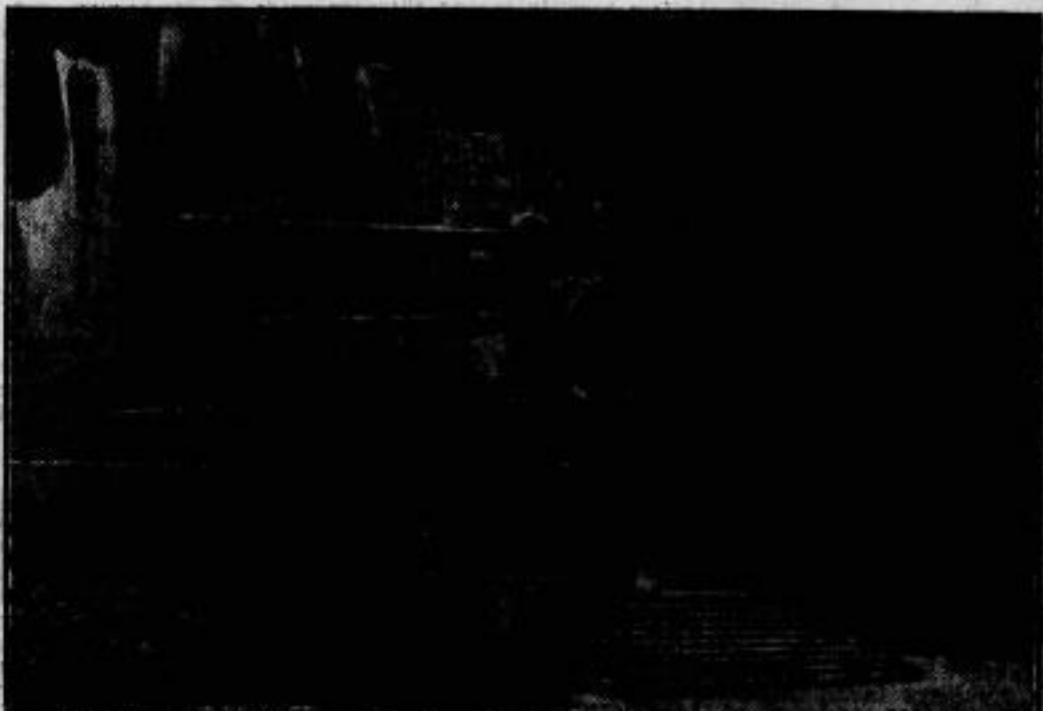


Bild links unten.

Bei Ehren der Heldenbelebung der „Latham“ — des französischen Flugbootes, mit dem der norwegische Polarforscher Amundsen bei dem Versuch, der verunlängten Polar-Luftschiff-Expedition des italienischen Generals Nobili zu Hilfe zu eilen, vor zwei Jahren verschollen ist — soll dies Denkmal errichtet werden. Die Namen der Männer, die bei diesem Hilfswerk ihr Leben geopfert haben, sind im Stein verewigt: Guillaud, Amundsen, de Gouverville, Brasse, Ballot, Diedrichson.

Bild rechts unten.

So wütete das Erdbeben in Italien. In Messina, der am schwersten heimgesuchten Stadt des Erdbebengebietes, wurden ganze Straßenzüge in Trümmer gelegt.



Windhose über Jauer.

Breslau. Um Montag vormittag wurde der sächsische Teil von Jauer (Niederösterreich) von einer starken Windhose heimgesucht. In der neuen Siedlung wurde ein Haus nahezu vollkommen abgedeckt. Ein Centewagen wurde durch die Luft aufgewirbelt und vollkommen zerstört. Auch Sommerlauben, Balken, Bretter, Holz und Baumäste flogen durch die Luft. Zahlreiche Bäume wurden entwurzelt. Die Gärten haben unter dem Sturm außerordentlich gelitten. Ein Telegraphenarbeiter erlitt einen schweren Unterleibenschwund und schwere Kopfverletzungen. Vier weitere Personen wurden leicht verletzt.

M. d. R. vor Gericht.

Die rechtliche Stellung der Abgeordneten während und nach ihrer Amtsperiode.

Von unserem Berliner So-Mitarbeiter.
Die Herren M. d. R. — durch die Reichstagsauslösung nicht nur nicht arbeitslos geworden, sondern von neuem bestellt mit der Jagd nach Mandaten für das kommende Parlament, kommen und kommen nicht zur Ruhe! Mit ausbreitenden Fraktionen, Partei-, Ausschuss- und Plenariertreffen haben sie sich doch (ihrer Ansicht nach) eine größere, von Sorgen unbeschwerter Ferienzeit verdient. Über kaum haben sie die Reichshauptstadt verlassen und sich mittels des Freifahrtsscheins I. Klasse in die Heimat zurückgezogen, da droht schon eine neue Sorge: die Strafverfolgung wegen Delikten, die während ihrer Amtszeit nicht geahndet werden konnten!

Die Staatsanwaltschaften haben Hochkonjunktur: die Zahl der Reichstagsabgeordneten, die jetzt vor die Schranken der Gerichte zitiert werden, ist recht erheblich!

Rund 200 Prozesse gegen Mitglieder des aufgelösten Parlamentes sollen bis Oktober erledigt werden, denn mit dem Zusammensetzen des am 14. September zu wählenden Reichstages lebt auch wieder die Immunität auf — es heißt also, sich zu befreien und schnell noch die M. d. R.-lichen Misslöchter am Krügen zu nehmen.

Verantwortungsfreiheit („Immunität“) für die in Ausübung ihres Amtes als Parlamentarier getanen Neuerungen ist den Abgeordneten des Deutschen Reichstages vor 1918 schon gewährleistet worden. Entstanden ist dieses unangefochtene Recht der freien Meinungsäußerung (auch wenn dabei Dinge gesagt werden sollten, die dem Staat, der Regierung oder Einzelpersonen sehr unangenehm sind) schon im 17. Jahrhundert in England („Bill of Rights“, 1689). Als dann die erste deutsche Reichsverfassung entworfen wurde, hat man eine gleiche weitgehende Bestimmung anfangs nicht getroffen, da auch die als Vorbild genommene französische „Charte“ von 1814 eine solche nicht vorschreibt.

Im Artikel 36 der „Verfassung des Deutschen Reiches“ vom 11. August 1919 ist die Immunität der Reichstagsabgeordneten neu festgelegt und umrissen. Er lautet:

„Ein Mitglied des Reichstages oder eines Landtages darf zu irgendeiner Zeit ... wegen der in Ausübung seines Berufes getanen Neuerungen gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezwungen werden.“

Das heißt also, dass jeder Abgeordnete, ob er nun im Reichstag oder in einem Landtag sitzt, in Ausübung seines Berufes als Abgeordneter sagen und schreiben darf, was er will, ohne dass er, auch wenn es sich um hochverräterische Dinge handelt, gerichtlich zur Verantwortung gezogen oder — falls es sich um Beamte handelt — vor der vorgesetzten Behörde im Disziplinarwege bestraft werden kann. Dagegen unterliegen alle Abgeordneten der deutschen Parlamente der Disziplinarnorm des amtierenden Präsidenten, der sie mit Verweis (Ordnungsauflage) oder Ausschlüssen (Festfall der Diäten) bestrafen kann. Hochverratsverfahren gegen Abgeordnete — seit 1918 ähnlich häufig geworden — können nur nach eingehender Prüfung eingeleitet werden.

Über den Artikel 36 der Reichsverfassung hinaus geliehen die Abgeordneten auch den Schutz des Paragraphen 87, der aus dem Paragraphen 31 der alten Reichsverfassung hervorgegangen, seit 1919 aber auch auf die Mitglieder der Landtage ausgedehnt worden ist. In ihm heißt es:

„Ein Mitglied des Reichstages oder eines Landtages kann ohne Genehmigung ... während der Sitzungsperiode ... zur Untersuchung gezwungen oder verhaftet werden, es sei denn, dass das Mitglied bei Ausübung der Tat ... festgestellt ist ... jedes Strafverfahren gegen ein M. d. R. oder M. d. L. und jede Haft ... wird auf Verlangen des Hauses, dem der Abgeordnete angehört, für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.“

Die Gerichte bedürfen also zur Strafverfolgung eines Abgeordneten und zur Verhaftung einer Genehmigung, es sei denn, dass der Misslötter auf frischer Tat ertappt wurde. Darüber hinaus hat das Parlament sogar das Recht, eine „Verfahrensunterbrechung“ oder eine „Haftunterbrechung“ für seine Mitglieder für die Sitzungsperiode zu verlangen. Die Beendigung unterbrochener Haftstrafen erfolgt dann erst nach Ablauf der Amtsdauer des betreffenden Abgeordneten — sofern natürlich der Häftling es nicht vorsieht, kurz vor Ablauf des Parlaments sich „unsichtbar“ zu machen.

Nach Artikel 36, Absatz 2, genügen alle Abgeordneten auch weitgehenden Schutz gegen Durchsuchung oder Belebahnung irgendwelcher Papiere. „Durchsuchungen“ in den Räumen des Parlaments, die den Abgeordneten zur Verfügung stehen, dürfen nur mit Genehmigung des Präsidenten erfolgen, der sich vorher über die Schwere der gegen seine Kollegen erhobenen Vorwürfe zu unterrichten hat.

In Artikel 36, Absatz 1, ist ein Zeugnisverweigerungsrecht vorgesehen.

Ein solches privilegiertes Zeugnisverweigerungsrecht kann die alte Reichsverfassung nicht, auch dann nicht, wenn es sich um Dinge handelt, die den Parlamentariern in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete anvertraut wurden. Dagegen forderte das frühere Recht von Parlamentsmitgliedern ein Zeugnisverweigerungsrecht, ähnlich dem der Geistlichen und Rechtsanwälte, um das Vertrauen der Wähler zu stärken.

Straftaten, die ein M. d. R. begeht, können also — so lange es sich nicht um Mord oder Diebstahl handelt — erfasst werden, wenn die Amtszeit des Parlaments abläuft oder (wie jetzt) eine Auflösung erfolgt. Die Verbrennen „ruhen“, bis die Aufhebung der Immunität Generell gilt. Misslötter zur Verantwortung zu ziehen.

Bei den kommenden Strafprozessen gegen M. d. R. findet es sich in erster Linie um Bekleidungsdelikte oder „Presse-Delikte“, die zum Teil seit 1928 schon auf Erwiderung warteten. Nicht zur Verantwortung gezogen werden nur die Kommunisten, gegen die Hochverratsverfahren werden. Bei den Verhandlungen um das Amnestiegeseck Justizminister Bredt ihnen versprochen, gegen sie nicht zu urteilen, wenn sie für seine Vorlage stimmen. Obwohl in ihrer Untersuchung der Antrag nicht die erforderliche Arbeit im Reichstag fand, hat der Oberrechtsanwalt darum verzichtet. Haftbefehle gegen sie zu erlassen — in Deutschland fällt unbekanntes Entgegenkommen, das an authentischen Behörden sicherlich nicht leicht gefallen ist.

Das Licht auf der Weltkraft-Konferenz.

Fünf Jahre liegen zwischen der ersten Weltkraftkonferenz und der zweiten, die ab 16. Juli 1930 in Berlin tagte. Diese fünf Jahre sind besonders bedeutungsvoll für die künstliche Beleuchtung gewesen, denn in ihnen hat sich die Lichtwirtschaft entwickelt. Es war deshalb selbstverständlich, dass in den Berichten für diese zweite Weltkraftkonferenz, die sich vorwiegend mit der Verteilung und Verwertung der Energie beschäftigte, auch die Beleuchtungstechnik und die Lichtwirtschaft zur Erörterung kamen.

Herr Seeger, Berlin, berichtete über Wirtschaftlichkeit und Werbemethoden im Rahmen der Elektroindustrie. Er definierte die Lichtwirtschaft als die planmäßige Verwendung richtigiger und reichlicher Beleuchtung bei geringstem spezifischen Aufwand in solchem Ausmaße, das der nach Abzug der Beleuchtungskosten noch mögliche größte materielle oder ideelle Gewinn erzielt wird, und gab der Erwähnung Ausdruck, dass das elektrische Licht, seinezeit der Schriftsteller für den Ausbau der modernen Elektroindustrie, in Zukunft wegen seiner überaus groben Möglichkeiten zur Spartenbreiterung und zur erhöhten Wirtschaftlichkeit der Versorgung von Kleinabnehmern viel beitragen wird. Sehr beachtlich sind seine Darlegungen über die Aufklärungs- und Organisationsarbeit, die zur Erreichung dieses lohnenden Ziels bisher geleistet wurde und weiterhin noch geleistet werden muss.

Sehr ausschaureich ist der Bericht von Herrn Oberingenieur Schneider, Berlin, über „Produktionssteigerung durch zweckmäßige Ausgestaltung der elektrischen Beleuchtung.“ Es wurde von ihm eine Methode angegeben, mit deren Hilfe der komplizierte und unzugängliche Gehvorgang in einfache messbare Empfindungselemente zerlegt ist, so dass der Einfluss der Beleuchtung auf die Empfindungselemente und damit auf die Leistungsfähigkeit des Auges bestimmt werden kann. An Hand einiger untersuchter Fälle aus der Praxis wurde gezeigt, dass sowohl die Menge als auch die Güte des Arbeitsgutes mit der Güte und Stärke der Beleuchtung steigen. In zwei Zahlenbeispielen wurde außerdem nachgewiesen, dass die Kosten für eine zweckmäßige, gute Beleuchtung gering sind im Vergleich zu dem dadurch erzielten Mehrertrag an Menge und Güte des Arbeitsgutes.

Auch in Ausland ist man bestrebt, Produktionssteigerung durch zweckmäßige Ausgestaltung der Beleuchtung zu erreichen. Professor Maissel berichtete über die Entwicklung der Beleuchtungstechnik in der U. d. S. S. R., insbesondere vom Standpunkt des Arbeitslebens. Er schloss die staatlichen Maßnahmen Russlands zur Sicherstellung der günstigsten Beleuchtungsverhältnisse für bestimmte Arbeitsvorgänge sowohl bei künstlicher Beleuchtung als auch bei Tageslichtbeleuchtung. Sie bestehen hauptsächlich in der Gründung von wissenschaftlichen Instituten mit Beleuchtungstechnischen Laboratorien, Schaffung von Regeln und Normen für die Errichtung von Beleuchtungsanlagen und in einer Kontrollinstanz zur Überwachung der Durchführung der Projekte von Beleuchtungsanlagen unter Einhaltung der Regeln und Normen. Von der weiteren Entwicklung der industriellen Beleuchtung in Russland, die bisher durch zu hohe Strompreise, mangelige lichttechnische Kenntnisse und unzureichende Baustoffe für Beleuchtungsgeräte gehemmt war, nahm Maissel an, dass der Verbrauch an Lichtenergie in den nächsten 3—4 Jahren auf die Hälfte des Verbrauchs von 1927 steigen werde.

Großes Interesse verdienen ferner die Beiträge der Herren Sully (England) und Dr. Adolph (Deutschland, Beweg Berlin) über die „Betriebsökonomische Bedeutung gezielter Lichtverbrauchs für das Elektroindustrie“. Das Thema von Sully lautete „Illumination and Electric Signs as Factors in the Sale of Electricity“. Von seinen Ausführungen ist besonders erwähnenswert, dass alle Fragen der zukünftigen zeitgemäßen Beleuchtung auf den verschiedenen Gebieten unter so weit als möglich gehender Berücksichtigung der Wünsche der Architekten erledigt und der Lichtverbraucher (Geschäftsleute, Industrielle, Konsumenten, Berufsgruppen verschiedenster Art) andererseits behandelt werden. Die wirtschaftlichen und betriebsökonomischen Folgen, die durch die fortwährende Entwicklung der Beleuchtung und die dadurch bedingte Steigerung des Stromverbrauchs entstehen, werden in ihren Auswirkungen auf den Belastungsfaktor der Elektroindustrie eingehend untersucht. Dem Belastungsfaktor der Elektroindustrie war auch der Beitrag von Dr. Adolph gewidmet. Er behandelte die Beeinflussung des Belastungsfaktors durch die verschiedenen Verbraucher, wobei auch hier die Bedeutung gesteigerter Lichtverbrauchs gewürdigt wurde.

Als Gesamtergebnis der vorgenannten Beiträge geben die Generalberichterstatter der einzelnen Sektionen folgende Entwicklungslinien an: Die Lichtwirtschaft strebt an, planmäßige und reichliche Beleuchtung zu schaffen, weil noch in den letzten Jahren gewonnenen Erfahrungen eine der jeweiligen Arbeit gut angepasste, zweckmäßige Beleuchtung die Leistungsfähigkeit des Menschen und damit das wirtschaftliche Ergebnis seiner Arbeit günstig beeinflusst. Der Handelsmarkt gibt die elektrische Beleuchtung außer diesem günstigen Einfluss ein wirksames Mittel für die Gewissenssorge und die Förderung des Wissenswuchses in die Hand. Die Lichtwirtschaft braucht zur Erreichung ihres Ziels die Mitarbeit aller interessierten Berufsgruppen. Es muss das Bestreben aller beteiligten Kreise sein, die bereits geschaffenen Weihoben zur Festlegung der günstigen Auswirkung einer guten Beleuchtung auf die verschiedenenartigen Arbeitsgebiete auszudehnen, um durch ihre allgemeine Anwendung überall Güte und Menge der Erzeugung zu steigern.

Das jüngste gezeigte Land würde bei der Aufstellung zu politischen Konflikten führen. Eine griechisch-italienisch-französische Spannung wäre unvermeidlich. England würde durch die Sperrung der Suezkanal die Basis auf das Mittelmeer gewinnen. Und ob Frankreich, das den geringsten Gewissenswuchs besitzt, die gewaltige Ausdehnung Italiens ruhig hinnehmen würde, ist mehr als zweifelhaft. Jedoch würde eine Nachverlegung zum Schaden Mitteleuropas eintreten. Es wäre ferner der Beweis zu erbringen, dass die durch die Kraftwerke gewonnenen Energien wirtschaftlich verwertet werden könnten. Abgesehen von den ungeeigneten Kosten der Dammprojekte wäre zu beweisen, dass die gewonnenen Energien 1000 bis 2000 Kilowatt zeitig geöffnet werden müssten. Dieser weite Weg bedeutet einen nicht unerheblichen Energieverlust. Unter diesen Vorstellungen wird wohl die Kilowattstunde in der Sabara kaum mit Gold anzuwiegeln sein. Ob die Belebungsanstalten der Übernahme in ein günstiges Geschäftszusammenhang tragen werden, erscheint etwas problematisch.

Das Griechische Projekt hat ungetreit viel für sich und viel gegen sich. Särgel verteidigt es mit dem Optimismus, mit dem ein Vater ungünstige Aufgaben verwirkt, die seinem Sohn geholfen haben. Die gekreuzte Wissenschaft darüber bringt Prognosen, die höchst allzu düster gefärbt sind. Hier und dort werden Vermutungen, da Beweise durch die Einzigartigkeit des Griechen in der Erfahrung noch nicht vorliegen. Jedoch werden mehrere wirksame Maßnahmen in die wenig befriedigende Wirtschaftswelt greifen, die Auswirkung der Wirtschaftswelt zu beobachten und dann den Schiedsgericht zu fordern für Särgel oder seine Gegner. Bis dieses Thema entschieden wird, wird noch viel Wasser aus dem Mittelmeer verdunsten und ebenso viel Wasser durch die Meerenge von Gibraltar und die Dardanellen fließen.

Die Wissenschaft und die teilweise Ausdehnung des Mittelmeers.

Ein Wiener Ingenieur äußert sich im „Deutschen Volksblatt“, Tageszeitung der Deutschen in Jugoslawien, zu diesem Thema und zu dem hierzu ausgearbeiteten sogenannten „Särgel’schen Projekt“ in so interessanter Weise, dass wir glauben auch unsere Leser über dies Wissensgebiet wie folgt unterrichten zu sollen:

Das Projekt Särgel, das Niveau des Mittelmeeres um 200 Meter zu senken, mutet gewiss phantastisch an und erinnert an „Jules Vernien“. Jedoch macht die Feststellung, dass dieser Plan im Gehirn eines bayrischen Regie-

rungsbaumeisters entstanden ist, nachdenklich. Derartige Herren pflegen nicht zu flunkern und in phantastischen Regionen zu schwärmen. Sie leben auch geistig mit beiden Beinen fest am Boden. Diese Eigenschaft hat die Wissenschaft veranlasst, sich mit dem unglaublich anmutenden Projekt zu beschäftigen.

Was will nun Särgel?

Denjenigen, die von Särgel noch nichts oder nur wenig gehört haben, sei erläutert mitgeteilt: Das Mittelmeer ist ein Verdunstungsmeer, das heißt, die Wassermengen, die ihm durch die einmündenden Flüsse angeliefert werden, sind beträchtlich geringer als sein Verdunstungskoeffizient. Der Pegel des Mittelmeers würde sich also senken, wenn nicht aus dem Atlantischen Ozean durch die Straße von Gibraltar und aus dem Schwarzen Meer durch die Dardanellen ein Rückstrom aus dem Schwarzen Meer halten würde. An diesen beiden Zuflussstellen hätte Särgel den ersten Teil seines Projektes eingesetzt: Er will vor allem durch tiefe Dämme in beiden Meeren das Aufstauen des Wassers herstellen. Durch die oben erwähnte Verdunstung müsste sich die Oberfläche des Mittelmeeres senken. Särgel denkt an eine Tiefeverminderung von 200 Metern. Durch Einbau von Kraftwerken am Fuß der Staudämme will Särgel elektrische Energien gewinnen, durch die die Sahara bewässert und nutzbar gemacht und Europa mit Eicht und Kraftstrom versorgt werden soll. Gleichzeitig ergibt sich ein beträchtlicher Landgewinn, da der ehemalige Meeresboden von der Stadtmauer bis zur Küste einen Landblock bildet. Dies wäre im Umrisse der Insel Sizilien und Malta einen Landblock.

Dies wäre ohne nähere wissenschaftliche Prüfung bestehend einfach, nüchtern und wirtschaftlich wünschenswert aus. Doch die unwiderrücklich klare Einsicht der Wissenschaft schneidet gewaltige Stücke von den schönen Schwingen eines optimistischen Kärmens und es steht nun fast so aus, als könnten jene Blütenblätter das Gewicht der Idee nicht mehr tragen, als fände das Projekt langsam in den Staub.

Vor allem spricht da der Gesänge ein gewichtiges Wort, da es sich ja um eine Umgestaltung der Erdoberfläche handelt. Es leuchtet ohne weiteres ein, dass bei einer Senkung des Wasserspiegels um 200 Meter die Tiefe des Grundwassers beeinflusst wird. Im ganzen Mittelmeergebiet würde das Grundwasser erheblich sinken und die Strandzone weitgehend verändern. Eine Verkarstung des Ostpyrenäen, der Südalpen, der Apenninen könnte ohne weiteres, abgesehen von der Senkung des Grundwassers, auch durch die Verminzung der Niederschläge eintreten. Da die Niederschlagsveränderung auch eine Versteppung Ungarns mit sich brächte, wäre immerhin möglich, da die Donau, die zum südlichsten Teil Alpenwälder führt, an einem kleinen Stück verdeckt werden würde.

Jedenfalls läuft es zu einer neuartigen Gesamtentwicklung des europäischen Wetters. Da Salzwasser für Landwirtschaftliche Zwecke nur in sehr beschränktem Maße verwendbar ist, entsteht die Frage: Wie soll das neu gewonnene „Meeresbodenland“ bewässert werden? Wie soll die Sahara, deren Grundwasser heute noch in erreichbarer Tiefe liegt, mit Süßwasser versorgt werden? Nicht nicht gerade die Mittelmeersenkung die, noch heute vorstellbare und mögliche, Bewässerung der Sahara durch Senkung des Grundwassers unmöglich. Das bis 88 Prozent Salz enthaltende Meerwasser hat den Boden ganz mit Salz durchsetzt, so dass er schwer in urbares Land zu verwandeln wäre. Selbst Särgel rechnet damit, dass man es der Natur überlassen müsse, durch Bergung das Neuland auszulängen und allmählich den Anbau zu ermöglichen. Bis dahin aber kann es Jahrzehnte dauern.

Die Erdbewegungen der Mittelmeergebiete in den jüngsten geologischen Zeiten sind heute noch nicht zur Ruhe gekommen. Eine Senkung des Meeresspiegels um 200 Meter würde eine Gleichgewichts- und Druckverschiebung von solchem Umfang hervorrufen, dass die Erdkrüme mit seismischen Bewegungen härtesten Umlanges und ausgedehntesten Erdbeben reagieren müsste.

Durch die Verdunstung würde naturgemäß auch der Salzgehalt des Mittelmeeres steigen. Wir sehen am Saisone und Toten Meer, das ein hoher Salzgehalt organisches Leben ausschließt. Wenn auch beim Toten Meer der hohe Salzgehalt auf fortgeschrittenes Auslaugen unterirdischer Salzlager zurückgeführt wird, so ist immerhin zu bedenken, ob nicht die Erhöhung des Salzgehaltes im Mittelmeer die Verdunstung des reichen Meerestangs noch zügig.

Daher blühende Salinenländer ins Binnenland gerückt würden und dem Menschen preisgegeben wären, ist klar. Denn Städte formt sich in ihrer Anlage nach ihrer Bestimmung. Die Umstellung einer Salinenstadt in eine Industrie- oder Handelsstadt wäre schon vom Kostenstandpunkt aus unwirtschaftlich. Betrachten wir das „alte“ Brügge, so schaut wir an ihm das Schicksal, das den Mittelmeerbädern durch das Särgel’sche Projekt droht, traurig erfüllt: Grüher blühende, wohlhabende Hafen- und Handelsstadt, jetzt Wohnsitz der Armut in Palästen der Vorzeit am Rande des Fremdenverkehrs. Benedict ohne Kanäle, Sorrent oder die Riviera ohne das Meer wären wohl traurige Bilder. Neapel, Triest oder Palermo würden unaufhaltlich dem Untergang entgegenreagieren.

Das zugehörige Land würde bei der Aufstellung zu politischen Konflikten führen. Eine griechisch-italienisch-französische Spannung wäre unvermeidlich. England würde durch die Sperrung der Suezkanal die Basis auf das Mittelmeer gewinnen. Und ob Frankreich, das den geringsten Gewissenswuchs besitzt, die gewaltige Ausdehnung Italiens ruhig hinnehmen würde, ist mehr als zweifelhaft. Jedoch würde eine Nachverlegung zum Schaden Mitteleuropas eintreten. Es wäre ferner der Beweis zu erbringen, dass die durch die Kraftwerke gewonnenen Energien wirtschaftlich verwertet werden könnten. Abgesehen von den ungeeigneten Kosten der Dammprojekte wäre zu beweisen, dass die gewonnenen Energien 1000 bis 2000 Kilowatt zeitig geöffnet werden müssten. Dieser weite Weg bedeutet einen nicht unerheblichen Energieverlust. Unter diesen Vorstellungen wird wohl die Kilowattstunde in der Sabara kaum mit Gold anzuwiegeln sein. Ob die Belebungsanstalten der Übernahme in ein günstiges Geschäftszusammenhang tragen werden, erscheint etwas problematisch.

Das Griechische Projekt hat ungetreit viel für sich und viel gegen sich. Särgel verteidigt es mit dem Optimismus, mit dem ein Vater ungünstige Aufgaben verwirkt, die seinem Sohn geholfen haben. Die gekreuzte Wissenschaft darüber bringt Prognosen, die höchst allzu düster gefärbt sind. Hier und dort werden Vermutungen, da Beweise durch die Einzigartigkeit des Griechen in der Erfahrung noch nicht vorliegen. Jedoch werden mehrere Maßnahmen in die wenig befriedigende Wirtschaftswelt greifen, die Auswirkung der Wirtschaftswelt zu beobachten und dann den Schiedsgericht zu fordern für Särgel oder seine Gegner. Bis dieses Thema entschieden wird, wird noch viel Wasser aus dem Mittelmeer verdunsten und ebenso viel Wasser durch die Meerenge von Gibraltar und die Dardanellen fließen.



Soll Ausverkauf sich gut richten?
So heisst es freilich innerlich!